Donnerstag, 20. September 1923. Einzelnummer 2000 Mark. 62. Jahrgang. Nr. 213.

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 70000.—
in den Ausgabestellen 71000.—
durch Zeitungsboten 72000.—
am Postamt ..... 70910.—
Postgebühren besonders
ins Ausland 8000 poln. M
deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher 2273, 3110.

Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . 1500.— M. Reklameteil 4000.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 1500.— p. M., Reklameteil 4000.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Ein Völkerbundsstaat.

Die Mißerfolge der von Frankreich unterstützten Loslösungsbestrebungen einzelner Unberufener im Rheinland und der immer deutlicher zu Tage tretende Widerspruch zwischen den Reden der Herren Dorten, Matthes und Smeets und der wahren Stimmung der Bevölkerung, hat die Leute in Paris vorsichtiger gemacht. Herrn Dorten wurde abgewinkt, und die Methoden wurden geändert. Nicht ohne Geschick geändert. Den Zermürbten, Zerquälten, wirtschaftlich Ruinierten zeigt man — nicht ein französisches Rheinland, sondern von ferne das Bild eines glücklichen, sorglosen, neutralisierten Rheinstaates **unter dem Protektorat des Völkerbundes**, einen Rheinstaat, in dem jeder Bewohner das Privileg eines „internationalen Bürgerrechtes" genießt. Man fragt: „Germanischen oder gallischen Rhein?" Zwanzig Jahrhunderte kriegerischen Ringens scheinen zu beweisen, daß keine dieser Lösungen standhält. „Daher muß der Rhein aller Welt gehören." Aber hören wir die harmlosen Friedensschalmeien der französischen Pazifisten weiter: „Das Rheintal allein ist für diese Zwecke — dem Völkerbund Basis zu sein und ein Hort des Friedens und der Sicherheit zu werden — zu eng begrenzt. Die Zeiten Caesars sind vorbei. Die Industrialisierung der Welt hat alles geändert. Will man diesen Umständen Rechnung tragen, so muß man dem eigentlichen Rheintal, das Gebiet seines Nebenflusses, der Ruhr, angliedern. Rhein und Ruhr — dort müßte der Völkerbund seine Hauptstadt errichten und seine Schutztruppe aufstellen. Dort ist **Kohle**, deren Besitz Sicherheit gibt. Den Schlüssel zur Situation besitzen wir erst dann, wenn die Industriegewalt der Stinnes, Krupp und Konsorten in unsere Hand gegeben ist."

Und wie soll dieser Staat beschaffen sein? Auch darüber erzählt man den Rheinländern: „Der Völkerbund gewährleistet der Bevölkerung **von** Rhein und Ruhr vollkommene Sicherheit vor Angriffen, woher immer sie kommen mögen, dafür behält er sich vor, die auswärtigen Beziehungen zu kontrollieren, die innere Gesetzgebung dagegen nur, soweit diese imstande sein könnte, die wirtschaftliche Internationalisierung der großen Schlüsselindustrie zu behindern. Im übrigen sollen die Rheinlande ihre Selbstverwaltung nach ihren eigenen Wünschen einrichten, selbstverständlich müssen die verfassungsmäßigen Garantien dafür bestehen, daß den Kommissaren des Völkerbundes die oben erwähnte Kontrolle und die volle Verfügung über die bewaffnete Macht sichergestellt bleibt."

Woher nun diese plötzliche Selbstlosigkeit Frankreichs, ein Pfand, das es schon fast in der Hand zu halten scheint, dem Völkerbund — also „allen" — auszuliefern? Soll Rhein und Ruhr wirklich aller Welt gehören?

Um diese Frage zu beantworten, wird man die Stellung Frankreichs im Völkerbunde und die Verhandlungen zur Abfassung des sogenannten „Garantiepunktes" zu prüfen haben. Hatten sich bisher alle Mitglieder des Völkerbundes verpflichtet, keinen Krieg zu beginnen, ohne den Streitfall vorher dem Völkerbundsrat zur Entscheidung vorzulegen, so soll nach dem neuen französischen Plane schon das Vorhandensein einer Angriffsdrohung, d. h. „wenn der betreffende Vertragsstaat eine etwaige Eröffnung von Feindseligkeiten gegen sich befürchten müßte", den Rat des Völkerbundes berechtigen, zu wirtschaftlichen Sanktionen, Aufstellung von Streitkräften aller Mitgliedsstaaten usw. und selbst zum Angriff überzugehen. Er soll dabei gleichzeitig als Richter feststellen, welche von beiden Parteien der „Angreifer" und damit eines internationalen Verbrechens schuldig ist. Frankreich ist aber noch weiter gegangen: es hat durchgesetzt, daß in den Entwurf Bestimmungen aufgenommen werden, nach welchen zwischen einzelnen Vertragsmächten, Sonderabkommen zu Sicherungszwecken geschlossen werden können, die, falls ein Teil sich bedroht fühlt, selbsttätig sofort in Wirksamkeit treten, ohne daß der Völkerbundrat zu befragen wäre — was man von italienischer Seite als „selbsttätige Auslösung des Krieges" bezeichnet. Da sich nun auch nach dem Garantievertrag alle Mitgliedstaaten wie bisher verpflichten müssen, dem „bedrohten" Staate Hilfe zu leisten, so wäre damit für Frankreich die Möglichkeit gegeben, jederzeit einen Krieg aller gegen einen „Friedensstörer" zu entfesseln, nicht weil dieser es tatsächlich angriffe, sondern Frankreich glaubt einem drohenden Angriffe zuvorkommen zu müssen; damit wäre der militärische Völkerversicherungsbund, den Foch und Bourgois an Stelle des Wilsonschen Völkerbundes zu setzen versuchten, nunmehr endgültig erreicht. Frankreich könnte sich nach diesem Erfolge mit einer „Kontrolle" des Völkerbundstaates an Rhein und Ruhr — gleich wie etwa im Saargebiet — begnügen. Es hätte der Welt wieder ein Beispiel vollendeter Selbstlosigkeit gegeben — und ließe alle Staaten des Völkerbundes in dem Augenblicke für seine Zwecke marschieren, der ihm dazu geeignet erschiene. Der „unabhängige" Völkerbundsstaat würde damit in Wahrheit die Grenzen Frankreichs in Dortmund, Limburg und Frankfurt a. M. decken.

Beilegung des Mittelmeerkonflikts.

Der Völkerbundsrat billigte am 17. September in öffentlicher Sitzung folgendes Antwortschreiben des Rates an die Botschafterkonferenz: „Der Völkerbundsrat hat von der Mitteilung der Botschafterkonferenz Kenntnis genommen, die ihm die Regelung des italienisch-griechischen Zwischenfalls ankündigt. Da dieser Zwischenfall zu von der Botschafterkonferenz geführten diplomatischen Verhandlungen Anlaß gab, hat sich der Völkerbundsrat mit der Botschafterkonferenz in Verbindung gesetzt, um an dem friedensfördernden Werk mitzuwirken. (Folgt Beschluß der Botschafterkonferenz vom 13. September 1923.) Der Völkerbundsrat nimmt von diesem Beschluß Kenntnis und spricht seine Freude darüber aus, daß er eine Situation beendigt, die lebhafte Beunruhigung hervorgerufen hat."

In der Aussprache stellten die Vertreter Italiens (Salandra) und Griechenlands (Politis) fest, daß der Konflikt erledigt sei. Ihnen pflichtete Lord Robert Cecil bei. Politis dankte dem Völkerbund für seine Tätigkeit und in besonders warmen Worten auch der italienischen Regierung für ihre versöhnliche Haltung und sprach die Überzeugung aus, daß alle Beschlüsse der Botschafterkonferenz ausgeführt würden, und daß die traditionelle Freundschaft zwischen Italien und Griechenland wieder aufgenommen werde. Salandra schloß sich diesem Wunsche an und betonte nochmals, daß die Angelegenheit abgeschlossen sei.

Einsetzung eines italienischen Militärgouverneurs in Fiume.

Die Regierung von Fiume ist am 16. September zurückgetreten.

Depoli, der als Vizepräsident der verfassunggebenden Versammlung von Fiume die Regierung seit dem März 1922 in Händen hatte, richtete einen ausführlichen Brief an die italienische Regierung, worin er seinen Rücktritt erklärt. Er gibt darin zunächst eine eingehende Darstellung seiner Amtsübernahme und Amtsführung. Sodann heißt es wörtlich weiter:

„Die Lage war in der letzten Zeit tatsächlich unerträglich geworden. Es ist keine Hoffnung vorhanden, zu einer schnellen Besserung des wirtschaftlichen und politischen Lebens der Stadt zu kommen. Die Stadt ist verloren, wenn die Regierung Eurer Exzellenz sich nicht ihres Geschickes bemächtigt.

Die Stadt Fiume blickt auf Italien in Erwartung ihres Geschickes, auf Italien, welches sie durch seine heldenhaften Soldaten verteidigt, auf Italien, welches die Bevölkerung mit allem Notwendigen versorgt hat, als an allem Mangel herrschte, auf Italien, welches durch seine Mittel alle öffentlichen Dienste aufrechterhält. Deshalb glaube ich wieder meine Pflicht zu erfüllen, wenn ich das mir anvertraute Amt niederlege."

Der römische Ministerrat hat nach dem Einlaufen dieses Briefes folgenden Beschluß gefaßt:

„Nachdem der Ministerrat von dem Briefe Kenntnis genommen hat, in dem Depoli seinen Rücktritt von der Regierung Fiumes erklärt, ernennt er in Erwägung der unnormalen Verhältnisse in Fiume und in Erwartung einer Regelung der Lage der Stadt den General der Armee und Königlichen Senator Giardino zum Militärgouverneur der Stadt und erteilt ihm den Auftrag, **die öffentliche Ordnung zu sichern und die Verwaltung wahrzunehmen.**"

Dieser Beschluß wurde der Belgrader Regierung und sämtlichen Mächten zur Kenntnis gebracht. Ihm kommt ohne Frage hohe politische Bedeutung zu. Er erfolgt in einem Augenblick, da infolge der Verlängerung des Ultimatums und der Anbahnung neuer Verhandlungen eine Entspannung an der Adria eingetreten zu sein schien.

Drohender südslawisch-bulgarischer Waffenkonflikt.

Mazedonische Komitatschis haben in großer Zahl bewaffnet die bulgarisch-südslawische Grenze überschritten. Aus Athen wird gemeldet: Die Zahl der auf serbischem Gebiet operierenden, wohl bewaffneten bulgarischen Komitatschis wird auf 8000 geschätzt. Sie stehen nahe der bulgarischen Grenze. Serbische Truppen sind in Nisch gesammelt worden und bewegen sich an der Eisenbahnlinie nach Caribrod, der bulgarischen Grenze zu. Flugzeuge überwachen die Bewegung in Bulgarien. Eines von ihnen, das bulgarisches Gebiet überflog, ist bei Athunhis abgeschossen worden.

Auf Befehl Mussolinis?

Wie der „Temps" Montag abend meldete, hat die amerikanische Regierung aus Washington authentische Informationen darüber erhalten, daß von gewissen Mittelmeerhäfen aus Waffen für Bulgarien verladen worden sind, die über das Schwarze Meer in das Land eingeschmuggelt werden. Die Irredentisten in Südslawien werden mit einer Aktion gegen Südslawien nicht mehr lange auf sich warten lassen, da angeblich Mussolini über ihre Untätigkeit sehr ungehalten ist und gedroht haben soll, ihnen seine Unterstützung zu entziehen, wenn sie nicht sofort etwas unternehmen.

Diplomatische Krise.

Der „Temps" kennzeichnet die serbisch-bulgarische Krisis mit folgender Feststellung: Die südslawische Regierung ist davon unterrichtet worden, daß bulgarische Banden einen Einfall auf serbisch-mazedonisches Gebiet planen. Dieser Einfall war für den 10. September geplant, er ist dann aber auf den 20. September verschoben worden. Um jeden Konflikt zu vermeiden, hat die südslawische Regierung eine Note nach Sofia geschickt, in der der bulgarischen Regierung mitgeteilt wird, daß die südslawische Armee diese Banden nötigenfalls bis auf bulgarisches Gebiet verfolgen werde. Die bulgarischen diplomatischen Vertreter haben bei allen Entente-Regierungen eine Demarche unternommen.

*

Die „Freie Pfalzbewegung."

Aus Ludwigshafen wird gemeldet: Die pfälzischen Parteien veröffentlichen in der Presse folgenden Aufruf: „Pfälzer Landsleute! Trotz der entschiedenen und machtvollen Willenskundgebung der pfälzischen Bevölkerung gegen die sogenannte „Freie Pfalzbewegung" vom Jahre 1919, trotz der wiederholten feierlichen Erklärungen sämtlicher pfälzischen Parteien, Wirtschafts- und Berufsgruppen gegen jeden Versuch, die Pfalz oder das ganze linke Rheinufer vom deutschen Mutterlande loszureißen, wagen es politische Abenteurer immer wieder, mit dem Gedanken der „Selbständigmachung" oder „Neutralisierung" oder „Seeparation" (das heißt Abtrennung) des linken Rheinufers zu spielen. So versuchen neuerdings die Agenten von Smeets und Dorten, diesen bekannten Verrätern am Deutschtum, auch in der Pfalz ihre Agitation zu betreiben. Auf Plakaten, in Zeitungen und Flugblättern preisen sie ihre landesverräterischen Pläne an und suchen damit das Volk zu verwirren und irrezuführen. Sie erstreben eine von Deutschland völlig losgelöste „Rheinische Republik". Die jetzige rechtmäßige Regierung wollen sie absetzen, die Gemeinderäte auflösen und dafür ihre Kreaturen als „Ehrenräte" oder „Konsuln" einsetzen. Die treudeutschen Pfälzer sollen in Massen ausgewiesen werden. Den Anhängern ihrer Partei, der „Rheinisch-Republikanischen Volkspartei", versprechen sie große Vorteile. Landsleute! Jeder Pfälzer, der Charakter hat, muß diese verbrecherischen Pläne weit von sich weisen. Wir bleiben auch heute, in dieser Zeit der Not, unserem Vaterlande treu und lassen uns auch nicht durch das Versprechen wirtschaftlicher Vorteile zum Verrat verleiten. Die Pfalz ist deutsch und wird auch in Zukunft — zum hundertsten Male sei es gesagt — ein untrennbarer Bestandteil der deutschen Republik sein."

Die Militarisierung des pfälzischen Eisenbahnnetzes und ihre Folgen.

Seit der Militarisierung des pfälzischen Eisenbahnnetzes bis einschließlich 1. September wurden in der Pfalz 5533 Eisenbahner mit 15 662 Familienangehörigen von der Besatzungsbehörde aus ihren Wohnungen verdrängt; ausgewiesen wurden aus der Pfalz bis zu dem gleichen Zeitpunkt 4124 Einbahner mit 10 105 Familienangehörigen, verhaftet 64 Pfälzer Eisenbahner und verurteilt 39 Pfälzer Eisenbahner zu insgesamt 34 Jahren 1 Monat Gefängnis und 20 Jahren Zuchthaus und 6 074 650 000 Mark Geldstrafe. Mißhandelt wurden 11 Pfälzer Eisenbahner.

Um das Saargebiet.

Aus Saarbrücken wird gemeldet: Die Versuche der Regierungskommission, das Saargebiet, das nach dem Friedensvertrag als deutsches Land auf eine befristete Zeit hin lediglich zu treuen Händen dem Völkerbund anvertraut ist, von Deutschland abzutrennen, gehen ungeachtet der einmütigen Proteste der Saarbevölkerung und der neuerdings im Völkerbundsrat erfolgten kritischen Auslassungen unentwegt weiter. Der neueste Versuch bewegt sich auf postalischem Gebiet und betrifft die Zeitungsverlage außerhalb und innerhalb des Saargebiets. Eine Verfügung der Oberpostdirektion Saarbrücken vom 25. August besagt folgendes: Für die Lieferung der im deutschen Reichspostgebiet erscheinenden Zeitungen nach dem Saargebiet werden vom 1. Oktober ab die von den Verlegern angemeldeten Auslandspreise angewandt. Bestellungen auf deutsche Zeitungen und Zeitschriften sind von diesem Zeitpunkt ab nur noch nach der den Postämtern zugehenden Auslandspreisliste anzunehmen. Ferner wird in der gleichen Verfügung den saarländischen Zeitungsverlegern unverbindlich mitgeteilt, daß voraussichtlich vom 1. Januar 1924 ab auch im Verkehr nach Deutschland die Frankenpreise im innersaarländischen Verkehr angewandt werden.

Bewaffnetes Vorgehen der rheinischen Sonderbündler.

Die rheinischen Sonderbündler entfalten in Aachen in den letzten Tagen eine überhastete Tätigkeit. Bereits am Freitag hat eine Versammlung der lokalen Sonderbündlerorganisationen stattgefunden, die aber sehr streng kontrolliert war, so daß kein Außenstehender Zutritt erhielt. Den Hauptpunkt dieser Versammlung bildete die Aufforderung, keine Steuern mehr an das Deutsche Reich abzuführen, sondern sie auf besondere Karten zu zahlen, die unter der Oberaufsicht der interalliierten Rheinlandkommission stehen sollen. Am Sonntag stand Aachen unter dem Terror der Sonderbündler, die aus dem ganzen Rheinland eingerückt waren und mit Fahnen in den rheinischen Farben die Stadt durchzogen. Sie waren mit Schußwaffen und Gummiknüppeln bewaffnet und machten davon bei Zusammenstößen mit der Bevölkerung Gebrauch. Da sie unter dem Schutz der Besatzung standen, konnte niemand gegen sie einschreiten. Bemerkenswert ist, daß die belgische Besatzung, die bisher den Separatisten ziemlich gleichgültig gegenüberstand, die Bewegung jetzt offensichtlich begünstigt.

Polen und Deutschland.

Das deutsch-polnische Schiedsgericht

tritt am 20. September in Warschau zusammen. Zur Verhandlung stehen einige Streitsachen zwischen polnischen Staatsbürgern und deutschen Firmen. Den Vorsitz in den Verhandlungen führt Herr Morian.

Ein Vertreter des deutschen Handels,

Herr Beer weilte mehrere Tage zum Besuch der Messe in Lemberg und äußerte sich, nachdem er einen Einblick in die Verhältnisse gewonnen hatte, sehr optimistisch über die künftige Beteiligung der deutschen Industrie an den polnischen Messen.

Polens wirtschaftliche Außenbeziehungen.

Der französische Kredit für Polen.

Die „Agence Havas" teilt mit, daß der Generalreferent der Finanzkommission des französischen Senates Berenger eine Informationsreise in Mitteleuropa angetreten hat. Der Zweck der Reise ist, sich von der wirtschaftlichen Entwicklung Südslawiens, Polens und Rumäniens zu überzeugen. Berenger wird längere Zeit in Warschau und Belgrad weilen. Ueberdies wird er sich auch kurz in Wien, Prag und Ofenpest aufhalten.

Zur Ergänzung dieser Mitteilung bemerkt die „Agence Havas", daß der französische Senat im Oktober die Vorlagen über die Erteilung eines Kredites in der Höhe von 800 Millionen Franken als Anzahlung an Südslawien, Polen und Rumänien in Erwägung ziehen wird.

Der belgisch-polnische Handelsvertrag.

Dieser Tage wird endlich der belgisch-polnische Handelsvertrag in Kraft treten, da die Ratifizierungsurkunden in Brüssel ausgewechselt werden. Der Vertrag, der sich auf die Meistbegünstigungsklausel stützt, enthält eine Menge Erleichterungen für beide Teile. Er bietet den polnischen Kaufleuten große Vorteile, was Belgien in der Absicht, die polnische Industrie zu stützen, zugestanden hat. Der Handelsvertrag ermöglicht auch den Zufluß belgischen Kapitals nach Polen, was auch zur Hebung der polnischen Industrie beitragen dürfte. Belgien wird die Rohstoffe, wie Holz, Petroleum, Hanf, Getreide usw. beziehen und dafür Lokomotiven, Maschinen und Waggons liefern.

England und Polen.

Die Blätter berichten, daß Ende September der bekannte englische Industrielle Marshall, der Direktor des größten Industrieunternehmens in England, nach Polen kommen wird. Sein Kommen wird dahin gedeutet, daß die englische Industrie und der englische Handel eine Annäherung an Polen wünscht.

Ungarn will mit Polen einen Handelsvertrag schließen.

Der ungarische Handelsminister erklärte einer Abordnung der polnisch-ungarischen Handelskammer, daß sich in nächster Zeit eine Abordnung der ungarischen Regierung nach Warschau begeben werde, um die einzelnen Klauseln des abzuschließenden polnisch-ungarischen Handelsvertrages endgültig zu bearbeiten. Der ungarische Handelsminister stellte fest, daß bisher folgende Hindernisse einer völligen Verständigung zwischen Polen und Ungarn im Wege standen: 1. Die polnische Regierung forderte ein allzu großes Ausfuhrkontingent für nach Ungarn auszuführende polnische Textilwaren. 2. Es ist mit ungeheuren Schwierigkeiten verbunden, eine größere Menge Fremdvaluten aus Ungarn auszuführen. Der Handelsminister erklärte jedoch, daß die ungarische Regierung sich die denkbar größte Mühe geben werde, um diese Hindernisse zu beseitigen.

Vor dem Zusammentritt des Senats.

Die Tagesordnung der nächsten Senatssitzung.

Am 25. September findet um 4 Uhr nachm. eine Vollsitzung des Senats mit folgender Tagesordnung statt: 1. Wahl von 4 Mitgliedern des Staatsgerichtshofs. 2. Bericht des Ausschusses für Gemeinwirtschaft über den Gesetzentwurf betreffs einiger Änderungen im Dekret vom 8. Februar 1919 über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung. 3. Bericht des Finanz-Haushaltsausschusses über die Besoldung der Staatsfunktionäre 4. Der Gesetzentwurf über die Ruhegehaltsversorgung der Staatsfunktionäre und Berufsmilitärs.

Eine Sitzung des Finanz- und Haushaltsausschusses des Senats

findet am 27. September statt.

Die Vorbereitung der Sejmsession.

Der Direktor der Sejmkanzlei, Pomykalski, erhielt vom Sejmmarschall Rataj ein Schreiben, in dem der Marschall ihn bittet, ihm ein Verzeichnis der nicht erledigten Gesetzentwürfe nach Krynica zu senden. In demselben Schreiben erklärt sich der Marschall bereit, in den nächsten Tagen eine Sitzung des Aeltestenausschusses stattfinden zu lassen.

Der Sejm und die Mängel im Steuerwesen.

Die „Gazeta Warszawska" schreibt zur Einberufung des Sejm: „Die Parteien der Regierungsmehrheit beabsichtigen durchaus nicht, den Termin der Einberufung des Sejm zu verlegen. Im Gegenteil, sie betrachten eine frühzeitige Einberufung des Sejm als sehr notwendig und sehr erwünscht. Die politischen Gegner der gegenwärtigen Regierung motivieren die Forderung der Einberufung des Sejm mit einer Reihe von sekundären Ursachen und wenden dem eigentlichen Motiv für eine schnelle Einberufung des Sejm, nämlich der Beseitigung der Mängel im Steuerwesen, wenig Aufmerksamkeit zu. Das größte Gebrechen unseres Steuersystems ist der Mangel einer genügenden Sicherung der direkten Steuereinkünfte und der Vermögenssteuervorschüsse vor der Entwertung der Mark. Die schnellste Beseitigung der aus der Entwertung fließenden Mängel ist eine der dringendsten Aufgaben der Mehrheitsparteien."

Um eine baldige Einberufung des Sejm

bitten in einem gemeinsamen Schreiben an den Sejmmarschall die Abgeordneten Thugut, Barlicki und Dąbski.

Die Polenreise des österreichischen Kanzlers

Ein Interview mit dem Kanzler

veröffentlicht die „Kattowitzer Ztg.". Der Interviewer berichtet:

Ich fragte den Kanzler, ob seine Reise auch politischen Zweck habe. Der Kanzler entgegnete:

„Rein politische Zwecke verfolge ich mit meiner Reise nicht. In gewisser Hinsicht handelt es sich um die Abstattung eines Gegenbesuches dafür, daß seiner Zeit der polnische Außenminister Skirmunt sich der Wiener Regierung persönlich vorgestellt hat. Die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen sind die denkbar besten."

„So ist der Zweck der Reise rein wirtschaftlicher Natur?"

„So ist's, rein wirtschaftlicher Natur. Wir wollen allgemeine handelspolitische Besprechungen nach allen Richtungen hin pflegen und einen vollkommeneren Handelsvertrag zwischen Österreich und Polen, als der bekanntlich schon seit Monaten bestehende, der ziemlich roh noch ist, schaffen."

„Für welche polnische Produkte interessiert sich Österreich am meisten?"

„Hauptsächlich für die polnischen Agrarprodukte und für die polnische Kohle."

„Inwieweit ist Österreichs Interesse für Ost-Oberschlesien vorhanden?

„Oberschlesien ist der Kohlenlieferant Österreichs. Leider hat Österreich keine eigenen Kohlengruben, wohl aber eine sehr gut entwickelte Industrie. Nur wenn diese Fabriken voll beschäftigt werden, kann die Sanierungsarbeit in Österreich ungestört ihren Fortgang nehmen."

„Wie stellt sich die polnische Regierung zu den Wünschen Österreichs?"

„Der Wunsch, in engste Handelsbeziehungen zu einander zu treten, ist auf beiden Seiten gleich groß vorhanden. Wir brauchen Polens Produkte zum Leben, Polen unsere Fertigfabrikate, wie Lokomotiven usw. zum Wiederaufbau. Beide Staaten haben den Weg zum Wiederaufbau erfolgreich beschritten und können nur gewinnen, wenn sie den Weg zusammen zurücklegen, einer den anderen stützend. Nochmals muß ich betonen: Die volle Beschäftigung unserer Industrie liegt mir besonders nahe."

Ueber die Aussichten für die Handelsbeziehungen zwischen Polen und Oesterreich

äußerte sich eine Persönlichkeit aus dem Gefolge des österreichischen Kanzlers gegenüber einem Redakteur der „Kattowitzer Ztg." folgendermaßen:

„Die austropolnischen Handelsbeziehungen haben eine große Zukunft. Jeder von uns hat gewisse Produkte im Überfluß, die der andere sehr gut gebrauchen kann. Polen hat Interesse für folgende österreichische Waren: Stabeisen, Lokomotiven und Teile derselben, landwirtschaftliche Maschinen, Draht, Nägel, Vorhängeschlösser, Kessel, Fahrräder, Automobile, Dampfmaschinen, Erzeugnisse von Schlosserwerkstätten, Werkzeuge für Handwerker, Bleche, Küchengeräte, Eisenbahnschienen, Zink, Seife, Pech, Kautschukwaren, Arzneimittel, Anilinfarben, Explosivstoffe, fertiges Leder, Glas und Glaswaren, Erzeugnisse aus Gestein, Asbest und Zement, Galanteriewaren, Möbel, Papier, Dörrobst, Mineralwasser, Speiseöle, geräucherte und marinierte Fische. Polnischerseits ist seinerzeit behauptet worden, daß ein großer Teil der von Österreich nach Polen ausgeführten Waren deutschen Ursprungs gewesen sei. Eingehende Untersuchungen haben ergeben, daß diese Behauptung nicht zutreffend war. Österreich ist ein sehr produktives Land. Jeder österreichische Staatsbürger hat verhältnismäßig früh erfahren, daß Österreichs Rettung aus dem Nachkriegselend nur durch gesteigerte Produktion ermöglicht sei. Fast ganz von landwirtschaftlichen Gegenden entblößt, ist es auf den Bezug von Agrarprodukten ganz und gar auf das Ausland angewiesen. Es ist da leicht verständlich, daß es diese Agrarprodukte gern aus einem Lande beziehen wollte, dem es im Umtausch seine eigenen Erzeugnisse liefern könnte. Als ein solches Land wurde von den ausschlaggebenden Wirtschaftskreisen Polen erkannt, dessen Entwicklung man fortan das Hauptaugenmerk widmet. Gleichzeitig ist Polen dasjenige Land, von dem Österreich selbst viele lebenswichtige Einfuhrartikel beziehen kann, nämlich Steinkohle, Zement, ungereinigtes Erdöl, Bauholz Salze und Samen. Von den polnischen Agrarprodukten kann Österreich alles gebrauchen, was nur zur Ausfuhr freigegeben wird. Freilich hat Polen selbst unter den Folgen der Nachkriegszeit außerordentlich schwer gelitten. Aber es beginnt sich langsam zu erholen. Es ist somit ganz verständlich, daß der austropolnische Handelsverkehr von Jahr zu Jahr immer reger wurde. Diese Steigerung läßt sich zifferngemäß belegen. Hier einige Zahlen:

Im Jahre 1920 führte Österreich nach Polen 761 800 Tonnen aus, und zwar 158 600 Genußmittel, 122 140 Tonnen Rohmaterialien, 21 090 To. Halbfabrikate und 459 970 To. Fertigfabrikate, das sind also fast zwei Drittel der Gesamtausfuhr nach Polen. Im nächsten Jahre, 1921, stieg die Gesamtausfuhr von Österreich nach Polen um fast 500 000 Tonnen auf 1 237 000 Tonnen, davon 70 Prozent Fertigfabrikate, nämlich 871 150 To. Somit ist die Ausfuhr von Österreich nach Polen im Jahre 1921 im Vergleich zum Jahre 1920 um 62 Prozent gestiegen. Die Einfuhr aus Polen nach Österreich bezifferte sich im Jahre 1920 auf rund 2 Millionen Tonnen, im Jahre 1921 bereits schon auf 4,7 Millionen Tonnen. Die Einfuhr war also um 136 Prozent gestiegen. Österreich lieferte als Fertigfabrikate in der Hauptsache Metallwaren, ferner chemische Waren, Wollwaren, Kleidungsstücke, hauptsächlich Hüte, keramische Artikel. Polen lieferte vor allem Agrarprodukte und Steinkohlen.

Im Jahre 1922 stieg die Einfuhr Österreichs aus Polen im Verhältnis zum Jahre 1921 weiter um das Doppelte, indem sie annähernd 12 000 000 Tonnen betrug. Die Ausfuhr Österreichs nach Polen im Jahre 1922 hatte dagegen etwas nachgelassen. Polen war in den Besitz Ostoberschlesiens gelangt, außerdem bevorzugte es damals belgische und französische Industrieerzeugnisse. Mittlerweile hat durch den Ruhrkampf die gesamte mitteleuropäische Ausfuhrpolitik große Wandlungen erfahren. Polen wendet mehr denn je den österreichischen Erzeugnissen seine Aufmerksamkeit zu, als da in erster Linie sind: Dynamomaschinen und alle elektrotechnischen Zubehörteile, Dampfmotore, Lokomotiven, Eisenkonstruktionen, Winden, elektrische Wagen, Schulartikel, Musikinstrumente, Korbwaren und allerlei Rohmaterialien, u. a. Wolle und Baumwolle, Tran, Tierfette, Magnesit, Kalk, Graphit, Ammoniak, Ziegeln, Färbereierzeugnisse, Bretter, Tee, Kaffeesurrogate. Die polnische Ausfuhr nach Österreich ist im Jahre 1923 gewachsen. Davon betrugen die Bergbauprodukte und Wollwaren je etwas über 30 Prozent der österreichischen Importsumme. Die Naphthaindustrie ist mit 20, die anderen polnischen Exportindustrien mit etwa 12 Prozent beteiligt."

Der Wojewode von Schlesien bleibt.

Die „Kattowitzer Zeitung" meldet: Der Wojewode Schultiß ist von seinem Erholungsurlaub am Sonnabend zurückgekehrt. Die Gerüchte von seinem Rücktritt bestätigen sich also nicht.

Die deutschen höheren Schulen in der Wojewodschaft Schlesien.

Schlesische Blätter melden: Die Wojewodschaft hatte die Eröffnung der höheren Minderheitsschulen für den 15. September auf das Bestimmteste zugesichert. Trotzdem sind die deutschen Kinder am 15. September wieder nach Hause geschickt worden. Die Geschäftsführung des Deutschen Volksbundes hat deshalb sofort erneut Vorstellungen erhoben und die Versicherung erhalten, daß es sich um eine Verzögerung von wenigen Tagen handle. Bei dieser Besprechung ist auf das Unerträgliche der gegenwärtigen Lage und darauf hingewiesen worden, daß die deutsche Minderheit gezwungen sein werde, den Völkerbundsrat anzurufen, wenn jetzt nicht endlich ihre durch das Genfer Abkommen gewährleisteten Ansprüche erfüllt werden.

Volkszählungen in Oberschlesien und Wilna.

Das statistische Hauptamt hat die Vorbereitungsarbeiten zur Volkszählung in Polnisch-Oberschlesien und dem Wilnaer Lande begonnen. Die erste allgemeine Volkszählung vom 1. Oktober 1921 hatte die genannten Gebiete nicht umfaßt.

Der Erbe.

Von Wilhelmine Fleck. (A. L. Lindner.)

(Schluß.) (Nachdruck untersagt.)

Am Rand, von Erlengebüsch umdrängt, stand eine mächtige Eiche. Ihre Wurzeln tasteten in den Graben hinab.

„Ist das die Kroneiche?" fragte Martha.

„Von der weißt Du auch?"

„Bernhard erzählte mal, er habe seine Schwester beredet, in dem Gebüsch mit ihm Indianer zu spielen. Es sei aber ein Platzregen gekommen, und Tilde sei klitschnaß und schreiend nach Hause gelaufen."

„Ja, ja; das war so. Und ich hab' dann als guter Vater für 'n warmen Umschlag gesorgt, damit sich die Indianerin man nicht erkälten sollt'," sagte der Alte bedeutungsvoll. „Hm; — also die Kroneiche hatte Bernhard nicht vergessen. Wovon hat er denn sonst noch gesprochen?"

Sie strich nachsinnend über die Stirn.

„Von einer hübschen Waldwiese irgendwo," sagte sie langsam, „und von einem Hünengrab —"

„Aha, an der Klewitzer Grenzscheide," warf der Alte ein.

„Von Treibjagden im Winter — ja, und vom Garten. Er schien sich an jeden Baum zu erinnern. Manchmal, wenn wir Äpfel aßen, meinte er, was wohl aus dem roten Kalville am Bienenschauer geworden sein möge."

Der Alte antwortete nicht gleich.

„Auf die roten Kalvillen war er als Junge besonders erpicht," sagte er nach mehrmaligem Räuspern, und doch klang die Stimme rauh.

Also mit seinen Gedanken war der Junge immer noch daheim gewesen, nicht ausschließlich bei den falschen Bärten und Samtbüchsen und dem ganzen Bühnenfirlefanz. Ja, wenn man das alles eher gewußt hätte! Aber warum hatte auch der Bengel solchen schrecklichen Dickkopf gehabt. Er atmete tief auf.

„Klenzow ist schön," fing er nach einer Weile wieder an, als schon die ersten Dächer in Sicht kamen. „Wunderschön. Es gibt nicht leicht ein Gut, das so in Kultur ist. Und es wird noch immer besser werden; ich stecke noch viel hinein. Eine Zeitlang war mir alles egal, aber nun hab' ich wieder Lust zur Arbeit. Ich weiß doch für wen und wozu."

Er sah sich mit stolz-zärtlichem Blick um. „Hier haben meine Vorväter gewohnt und gearbeitet, und es war mir schrecklich, zu denken, daß hier nach mir kein Utermöhl mehr sein sollt'. Das verstehst Du natürlich nicht, aber vielleicht lernst Du's noch."

Nein, sie verstand es nicht. Ihr war überhaupt ängstlich und unsicher zumut, aber schüchtern regte sich schon ein beruhigteres Gefühl. Sie war sich der Abneigung gegen den tyrannischen Beschützer an ihrer Seite nicht mehr so scharf bewußt. In so starker Heimatsliebe bargen sich doch Gemütswerte, die irgendwie zu einem Band werden konnten zwischen ihr und ihm. Ob sie selbst hier einwurzeln und sich zufrieden fühlen würde, wer konnte das sagen? Aber ihres Kindes wartete eine sichere, umhegte Heimat, die Bernhard geliebt hatte, — trotz allem. Vielleicht war er gerade wegen dieses Haftens an der Scholle immer nur ein mittelmäßiger Schauspieler gewesen.

„Das soll ein Leben werden, wenn der Junge nur erst da ist," murmelte der Alte im Selbstgespräch. In allem Utermöhlschen Herkommen sollte er erzogen werden. Er sollte lieben und lernen, was allein liebens- und lernenswert war; er selbst wollte sein Lehrmeister sein und konnte kaum erwarten, sein Amt anzutreten. Und die roten Kalvillen sollten dem Prinzen ganz allein gehören. Bisher hatte er manchmal mit seinem Alter kokettiert. Nun fühlte er sich plötzlich wieder ganz lächerlich jung. Das Leben begann ihm gewissermaßen von vorne. Denn er würde ja einen Erben haben und damit neue Ziele und Aufgaben. Wer noch nach einem Ziel strebte, war immer jung. Er plante und plante und fügte bedächtig Stein auf Stein zum Bau seines Luftschlosses.

Ein Bellen scheuchte ihn aus der Zukunft zurück in die Gegenwart. Zwei Dackel kamen herangetobt und gebärdeten sich ganz unsinnig vor Wiedersehensfreude. Wahrhaftig, man war schon angelangt. Der Wagen schwenkte in die Einfahrt.

„Sieh, Kind, das ist unser Haus." Langgestreckt, behäbig und ein wenig nüchtern lag es da, als warte es auf Leid und Freud' einer neuen Generation. Es hatte Bernhards Kindheit gesehen und würde auch seines Kindes Jugend hüten. Tränen traten Martha Utermöhl in die Augen.

Mit einem Satz, den niemand ihm zugetraut hätte, war der Alte vom Wagen.

„So, da wären wir. Da ist der Tritt. Nicht fallen. So. Sollst willkommen sein. Laß Dir's gut gehen in Klenzow, mien Dochter."

Sie senkte den dunklen Kopf, als er sie nun an der Hand über die altmodische, große Diele ins Wohnzimmer führte, wo Frau Brockmüller einen Kaffeetisch gedeckt hatte von so einladender Beschaffenheit, wie ihn in diesen Kriegsläuften nur noch das platte Land kannte.

„Ich danke — Dir —, Vater," sagte Martha Utermöhl entschlossen und fühlte, daß dies Wort eine Gewähr berge für die Zukunft. Der Alte aber nahm ihr Gesichtchen in beide Hände und küßte sie feierlich auf den Mund. Er konnte nichts sagen als wieder nur: „Mien Dochter."

Und die drei Großherzöge sahen darauf herab und hatten nichts dawider einzuwenden.

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— **Ein kroatischer Nationaldichter,** Milan Ogrizowitsch, ist, 50 Jahre alt, in Agram gestorben. Mit ihm verlieren die Kroaten ihren bedeutendsten Dichter. Ogrizowitschs Schaffen begann mit einem kurzen Vorspiel nach der Ibsen-Mode der neunziger Jahre. Dann fand der Dichter seinen echten nationalen Ton, der alle seine Dramen, Gedichte und Novellen zu bleibenden Dokumenten der kroatischen Seele macht. Die eigentümliche Mischkultur der Kroaten, in denen angeborenes Slawentum und erworbene mitteleuropäische Zivilisation sich auszugleichen suchen, der Zwiespalt zwischen dem Ererbten und der Sehnsucht nach neuer Bereicherung, die ganze Tragik dieses am weitesten nach Europa vorgeschobenen Balkanstammes spricht aus Ogrizowitschs Dichtungen. Er hat den „Klagesang der edlen Frauen des Ason Aga" dramatisiert, jene wundervolle serbische Volksballade, die Goethe nachdichtete, und dies Drama wurde der Südslawen Nationalgut.

Kämpfe gegen Räuberbanden.

Auf das Städtchen Telechany in der Wojewodschaft Polesie hat eine Räuberbande, die sich aus 200 Leuten zusammensetzte, die mit Revolvern und Granaten bewaffnet waren, einen Überfall ausgeübt. Zunächst wurde eine Patrouille in die Stadt geschickt, dann ließ sich die Bande 80 Fuhrwerke stellen. Als der Bürgermeister die Herausgabe der Gemeindegelder verweigerte, wurde er niedergestreckt. Die Banditen beraubten dann fast alle Häuser. Sie trugen bessere Möbelstücke, Betten und Geld heraus und verluden die Sachen auf bereitstehende Wagen, mit denen sie dann auf und davon fuhren. Der Räuberhauptmann der Bande hatte eines Tages dem Propst geheißen, an einem bestimmten Tage 50 Millionen Mark bereitzulegen, die er sich selbst abholen wollte. Der Propst benachrichtigte die Polizei, die dann an dem festgesetzten Tage nach der Propstei kam und sich versteckte. Einige Zeit darauf fuhr ein Wagen mit einem Geistlichen vor, der dem Propst bedeutete, daß er zur Kirchenrevision gekommen sei. Nachdem er Papiere vorgelegt hatte, begann die Revision. Der Geistliche, der kein anderer war, als eben der verkleidete Anführer der Bande, erpreßte von dem Propst das verlangte Geld, zwang ihn dann, den Kopf in den Ofen zu stecken, und warnte ihn davor, auch nur die geringste Bewegung zu machen, da er auf seinen Rücken eine Bombe legen werde, die bei der geringsten Bewegung explodieren müsse. Darauf fuhr der Bandit seelenruhig von dannen. Nach einiger Zeit trafen Hausbewohner und Polizisten den Propst in der erwähnten Stellung an. Auf seinem Rücken aber lag statt der Bombe ein gewöhnliches Ei. Die Polizei leitete sofort die Untersuchung ein und nahm die Verfolgung auf.

Festnahme gefährlicher Räuber in Oberschlesien.

Die „Kattowitzer Zeitung" meldet: Zu einer aufregenden Verbrecherjagd kam es am Sonnabend und Sonntag in Gieschewald. Hierbei gelang es, den zweitgrößten Verbrecher der Stollorzbande, den Banditen Chmura, festzunehmen. Eine Polizeistreife von zwei Kriminalbeamten durchging Sonnabend abend den Wald zwischen Gieschewald und Janow. Plötzlich stieß sie in der Dunkelheit auf eine Bande von sechs Mann. Auf den Anruf der Beamten: „Hände hoch!" entflohen fünf der Banditen. Chmura dagegen schoß aus zwei Revolvern auf die Beamten und verletzte durch drei Schüsse einen der Beamten schwer. Heldenmütig kämpfte der andere Beamte weiter, und es gelang ihm trotz der Dunkelheit, Chmura durch zwei Schüsse zu treffen. Der eine durchschlug die Hauptader des linken Armes, so daß eine Lähmung der linken Seite eintrat. Jetzt erst kümmerte sich der Kriminalbeamte um seinen schwerverletzten Kollegen. Aufopfernd und heldenmütig war die Tat der beiden Kriminalbeamten! Ihnen ist es auch zu verdanken, daß man am Sonntag den schweren Verbrecher Chmura festnehmen konnte. Infolge der Dunkelheit gelang es Chmura trotz seiner schweren Verletzungen, sich den weiteren Verfolgungen des Beamten, der überdies mit seinem verwundeten Kollegen zu tun hatte, zu entziehen. Wie ein Wiesel bewegte er sich langsam durch das Unterholz des Waldes, ungefähr einen Kilometer weit, zu einem Bahnwärterhäuschen. Der Bahnwärter, nicht ahnend, was für einen schweren Verbrecher er vor sich hatte, nahm den Schwerverletzten auf. Hier verbrachte Chmura den übrigen Teil der Nacht. Am Sonntag wurde mit Hilfe eines größeren Polizeiaufgebots die weitere Verfolgung der Banditen aufgenommen. Man verfolgte die Blutspuren und fand Chmura in dem oben erwähnten Bahnwärterhäuschen zusammengekauert in einem Kinderbett, mit einer leichten Matratze zugedeckt, liegend. Beim Anblick der Beamten wollte er sofort eine Handgranate gegen diese schleudern. Die Schnelligkeit der Beamten machte dies unmöglich. Bei Chmura wurden noch zwei Pistolen, eine Handgranate und eine Menge Munition vorgefunden. Er wurde unter besonderen Sicherheitsmaßnahmen im Auto nach Myslowitz gebracht. Bei einer neuen Streife wurden noch drei weitere Spießgesellen Stollorz' und Chmuras in Gieschewald, vier in Wilhelminenhütte und zwei in Schoppinitz festgenommmen. Es ist zu erwarten, daß es der aufopfernden Tätigkeit der Kriminalpolizei gelingen wird, in kürzester Zeit auch das Haupt der Bande, Stollorz, festzunehmen.

Aus der polnischen Presse.

Briefe polnischer Arbeiter aus Frankreich.

Die „Gazeta Robotnicza" veröffentlichte vor einiger Zeit den folgenden Brief aus Marles in Frankreich (geschrieben am 24. Juli 1923): „Geliebte Mutter und Bronisława! Ich teile Euch von meiner Gesundheit und meinem Befinden in Frankreich mit. Ich bin zur Zeit gesund, was ich auch Euch wünsche. Jetzt werde ich Euch meine Fahrt beschreiben. Auf dem Meere bin ich 4 Tage und 4 Nächte gefahren: das Meer war ruhig, nur die Arbeit ist unruhig und sehr schwer. Die Kohle ist nur 24 Zoll dick und man muß auf den Knien und liegend arbeiten. Der Verdienst ist sehr gering; ich habe heute für vier Schichten 75 Franken erhalten und mußte davon sofort 63 Franken für das Essen bezahlen und 4,5 Franken für den Arzt; es blieben mir also 7,5 Franken auf Zigaretten, Zwirn, Papier, Briefmarken und für andere Auslagen. Ich weiß nicht, was ich für diese paar Pfennige zuerst kaufen soll. Um eine Nachricht nach Hause senden zu können, kaufte ich Papier und Briefmarken und so ist mir nichts von meinem ganzen Verdienst übrig geblieben. Für die Schicht bekomme ich 18 Franken, nicht soviel, als wie man uns versprochen hat; das ist ein reiner Betrug. Wäsche muß ich mir selber waschen! Hier in Frankreich verhöhnen sie uns Schlesier, wie sie nur können, und geben uns die schlechteste Arbeit und einen so geringen Lohn. Ich werde nur drei Monate arbeiten und so schnell als möglich nach Hause zurückkehren, wenn ich mir nur irgendwas für die Eisenbahnfahrt erarbeiten kann. Wenn wir von der Arbeit heimkehren, müssen wir uns in der Nacht in kaltem Wasser waschen. Ich würde Euch noch mehr schreiben, aber es fehlt mir an Papier und mich kommt das Weinen an. Es grüßt Euch Euer Sohn Johann."

Polnische Bergarbeiter in Frankreich haben dieser Tage dem „Przegląd Poranny" eine Berichtigung zugesandt, die sich auf einen Artikel „Emigracja z Polski" in einer früheren Nummer des „Przegląd" bezieht. Die Einsendung lautet:

„Nicht zum ganzen Artikel ergreifen wir das Wort. Wir wollen nur die Punkte berichtigen, die uns Bergleute angehen, da sie zu rosig geschildert wurden und da die Frauen, die ihre Männer in Frankreich haben, bereit sind, eher dem Artikel, dessen Informationen durch „maßgebende Faktoren" gegeben worden sein sollen, als ihren Männern zu glauben. Im Abschnitt 3 des Artikels wird gesagt, daß es den Bergleuten im allgemeinen besser geht als den Landarbeitern. Wir antworten darauf, daß es weder dem einen noch dem anderen besser geht. Der Bergmann, der etwas sparen will, hat infolgedessen keine Bequemlichkeit, weil er nach der schweren Arbeit um den Lebensunterhalt bemüht sein muß und nicht die verdiente Ruhe hat. Die Stelle, die „Emigranten verdienen in Frankreich gut", dann weiter die Stelle „die Arbeitsbedingungen und die Lohnhöhe sind für polnische und französische Arbeiter die gleichen", — das alles widerspricht dem tatsächlichen Stand der Dinge. Hier sieht man, daß jene „maßgebenden Faktoren" gar keinen Begriff von den Verhältnissen haben. Was die Arbeit selbst betrifft, so erhält der polnische Bergmann zum größeren Teile schwerere und gefährlichere Arbeiten als der französische Bergmann, und wenn in derselben Gruppe Polen und Franzosen arbeiten, dann verlangt man stets von den Polen mehr, als von den Franzosen. Dabei versteht es der Franzose immer, sich zu entschuldigen, wenn er etwas schlecht macht. Wir müssen betonen, daß der französische Bergarbeiter manches vom Polen lernt. Der Lohn ist auch verschieden. Ein polnischer gelernter Bergarbeiter erhält 3 oder gar 4 Franken täglich weniger als der französische. Wenn er längere Zeit in ein- und derselben Grube gearbeitet hat, dann wird ihm etwas zugelegt, aber immer weniger, als dem französischen Bergarbeiter, obwohl der Arbeitsertrag größer ist. Einem Hohn gleicht die Feststellung, daß die Arbeiterlöhne den Arbeitern „sogar" ermöglichen, den in der Heimat verbliebenen Familien Geldbeihilfen zu senden. Das können wir nicht verdauen. Wir fragen jene „maßgebenden Faktoren", ob der polnische Bergarbeiter etwa zum Vergnügen nach Frankreich gefahren ist, um ein anderes Land und andere Sitten kennen zu lernen, während er seine Familie mit einem bestimmten Kapital in Polen ließ, oder ob nur, um sich für Fremde abzuarbeiten, nichts davon zu haben, später in die Heimat zurückzukehren und den Seinigen zur Last zu fallen. Wenn der polnische Bergarbeiter seiner Familie aus Frankreich eine bestimmte Summe schickt, damit die Frau mit den Kindern leben kann, dann muß der Vater auf manche Dinge verzichten und sehr bescheiden leben, damit seine Familie nicht Hunger leidet. Wir bitten um die Veröffentlichung der Berichtigung, damit man in Polen nicht denkt, daß der polnische Bergarbeiter in Frankreich so lebt wie die Made im Speck."

Am Schlusse der Zuschrift wird der schleunige Abschluß eines Vertrages oder einer Konvention zwischen Polen und Frankreich zum Schutz der Interessen der polnischen Arbeiter in Frankreich gefordert.

Poincarés Starrsinn bleibt unverändert.

Der französische Ministerpräsident hielt am Sonntag bei der Enthüllung eines Kriegerdenkmals in Dun sur Meuse die erste der angekündigten Reden, von denen manche Optimisten eine Entspannung erhofften. Leider hat Poincaré diese voreiligen Hoffnungen völlig enttäuscht. Er zeigt sich völlig unbelehrbar. Stresemanns erneuertes Angebot wird überhaupt nicht erwähnt, vielmehr stillschweigend abgelehnt. Rein juristisch-formalistisch hält sich der starrsinnige Advokat an die Bestimmungen des Versailler Vertrages, in den Punkten, in denen diese offenbar für Deutschland zu schwer sind, während er sich mit taschenspielerischer Gewandtheit von dem Vertrage befreit, wenn dessen Bestimmungen für Deutschland sprechen, so bezüglich der Räumung des Rheinlandes.

Poincaré **spricht nicht von den praktischen Vorschlägen des Kanzlers Stresemann** oder von dem in der ganzen französischen Presse bestätigten Verständigungswillen der jetzigen deutschen Regierung. Der Leiter der französischen Politik, von dessen Willen jetzt der Friede Europas abhängt, denkt nur daran, den anderen Führern klarzumachen, daß Frankreich und Belgien ein Sonderrecht für seine Politik haben. So lauten die Worte Poincarés:

„Ich weiß es wohl, daß die Völker, die durch die deutsche Invasion nicht gelitten haben, sich keinen Begriff von den Leiden und dem Elend machen können, die Belgien und wir zu erdulden hatten. Kein früherer Krieg kann auch nur einen annähernden Vergleich mit dem Jammer bieten, den eine feindliche Besetzung über unsere Provinzen gebracht hat. Als der Friede unterzeichnet wurde, haben die Verbündeten sich gegenseitig das Wort gegeben, daß diese Verbrechen nicht ungestraft bleiben sollten. Deutschland selbst hat geschworen, daß der Schaden, den Personen und Besitz erlitten haben, wieder gutgemacht werden soll. Heute gibt es Leute, für die alle diese Verpflichtungen und Versprechen nichts anderes sind als tote Buchstaben. Aber wenn wir uns geirrt haben, wenn wir dachten, daß unsere Freunde mehr als wir selbst unsere Interessen verteidigen müßten, dann brauchen wir uns nicht zu fürchten, irgend jemand zu verletzen, indem wir unser Recht mit eigener Kraft stützen. Unsere Rechte stehen in den Verträgen, die von unseren Verbündeten mit unterzeichnet sind. Es gäbe keine Sicherheit mehr in den internationalen Beziehungen, wenn Verträge verleugnet werden könnten. Weder neutrale Kommissionen, noch internationale Sachverständige, weder eine Treuhändergesellschaft noch der Völkerbund haben die Schuld Deutschland festzusetzen und die Bedingungen zu bestimmen, die für die Zahlungen gelten sollen. Diese Aufgabe kommt allein der **Reparationskommission** zu, deren Vollmacht Deutschland ausdrücklich anerkannt hat. Man kann daran denken, dieser Kommission ihr Recht zu entziehen, dann glaubt man wahrscheinlich, sie würde neuen Konzessionen nicht günstig gesonnen sein. Aber diese neuen Konzessionen widersprechen den Verpflichtungen, die man übernommen hat, und deshalb können wir solchen Konzessionen nicht zustimmen. Wir haben unsere Pfänder. Wir werden sie behalten, bis wir Genugtuung empfangen haben."

Ein paar Stunden später hielt Poincaré in Brieulles sur Meuse eine andere Rede, in der er u. a. ausführte: „Wir müssen unsere Reparationen verlangen und wir müssen auch über unsere Sicherheit wachen. Für beide Forderungen gilt der Satz, daß wir die Beute nicht für den Schatten opfern können. Deutschland hat seit mehreren Monaten die Aufgabe der Überwachungskommission vollständig lahmgelegt. Deutschland kann heute soviel Kanonen, Munition und Flugzeuge herstellen, wie es will, entweder in den eigenen Grenzen oder im Ausland. (!) Deutschland kann in wenigen Jahren vor uns stehen, bewaffnet und zur Revanche gerüstet, und doch versucht Deutschland vor der Welt **unsere tapferen und treuen schwarzen Truppen zu verleumden.** Weil Deutschland nicht will, daß wir ein Volk von hundert Millionen Bürgern sind, weil es hofft, uns einmal durch die Zahl beherrschen zu können. Und doch flüstert Deutschland uns heute Worte zu, die uns verlocken sollen, und Versprechungen, von denen es Wunder erwartet! Einige seiner Politiker treten für eine Idee ein, die auch uns nicht unbekannt ist. Sie sagen, weshalb sollten die Staaten am Rhein sich nicht untereinander verbinden, um für eine bestimmte Zeit den Friedenszustand gegenseitig zu garantieren? Würde diese Verständigung nicht der Welt erlauben, wenigstens eine Zeitlang in Frieden und Sicherheit zu atmen? Die Vorkämpfer dieser Idee berufen sich darauf, daß der Plan auch bei unseren Verbündeten Unterstützung findet, und daß es kluge Leute unter den Alliierten gäbe, welche Frankreich die Annahme solcher Vorschläge empfehlen. Herzlichen Dank! Aber wir möchten nicht, daß wahre Freunde Frankreich diesem Irrweg folgen! Nach dem Vertrag von Versailles haben alle Völker, die dem Völkerbund angehören, die Verpflichtung übernommen, ihre Grenzen zu respektieren. Wenn Deutschland seine Pflichten erfüllt hat, dann steht es ihm frei, seine Aufnahme in den Völkerbund zu beantragen. Wenn das geschehen ist, haben auch Frankreich und Deutschland einander gegenseitig die Wahrung ihrer Grenzen garantiert. Ein Sondervertrag für den Rhein könnte die Sicherheit eines Generalvertrages nur abschwächen: denn er würde weder die Grenzen der Tschechoslowakei, noch die Grenzen Polens sichern.

Es ist wohl bekannt, daß sämtliche Regierungen, die in Frankreich seit 1919 aufeinander gefolgt sind, erklärt haben, daß die Besetzungsfristen für das linke Rheinufer nicht zu laufen begonnen hätten, da Deutschland keine von den Vertragsbestimmungen ausgeführt hat. Man trachtet nichtsdestoweniger danach, sie abzukürzen. Wenn das gelänge, wären wir gezwungen, vor Ablauf der vertragsmäßigen Fristen unsere Soldaten aus dem Glacis zurückzuführen, wo sie Wache halten, um den Weltfrieden zu verteidigen, und der deutsche Militarismus wäre imstande, in aller Ruhe neue Prestige- und Eroberungskriege vorzubereiten. Das ist ein Ziel, zu dem wir uns nicht hergeben werden."

Dem ehrlichen Verständigungswillen der deutschen Regierung, der sich in klar umrissenen konkreten Zahlungsangeboten und in dem Vorschlag eines Friedenspaktes vollkommen unzweideutig kundgetan hat, setzt Poincaré unerschütterlich immer wieder ein schroffes Nein entgegen. Gewisse Teile seiner Reden sind offenbar für die englischen Ohren bestimmt, und er wird Wert darauf gelegt haben, kurz vor dem Besuche des britischen Ministerpräsidenten noch einmal seinen Standpunkt deutlich aufzuzeigen. Er erschwert der deutschen Regierung die Fortsetzung ihrer Politik des Ausgleiches in ungeheurem Maße nach außen und im Innern.

Die Frage ist ganz klar gestellt: Will Frankreich Reparation oder Annexion? Poincaré hat unumwunden darauf nicht geantwortet. Aber es ist leichter, das letztere aus seinen Reden herauszulesen.

Besprechungen Baldwins mit Poincaré.

Der britische Premierminister Baldwin wollte am Dienstag Aix les Bains verlassen und über Paris die Rückreise nach London antreten. Man erwartet, daß sich Baldwin in Paris ein oder zwei Tage aufhalten werde, wo er mit Poincaré über die Lage verhandeln wird

„Daily Mail" findet die Lage Deutschlands verzweifelt.

Die „Daily Mail" begann am Dienstag mit der Veröffentlichung einer Artikelserie, die ihr nach Deutschland entsandter Sonderberichterstatter über die dortige Lage geschrieben hatte. Der Beobachter kommt zu dem Entschluß, daß die Lage Deutschlands verzweifelt ist und daß keinerlei Aussicht auf eine Änderung der Lage bevorsteht.

Die Pläne des spanischen Militärdirektoriums.

General Primo de Rivera hat Sonntag abend dem Chef der neuen Regierung Lopez Munoz, den Eid geleistet. Nach Beendigung der Zeremonie erklärte der General, der König habe ein Dekret unterzeichnet, durch das 8 Generale zu Mitgliedern des Direktoriums ernannt würden, und zwar Valle Espinoso, Hermoso, Navarro, Rodriguez, Mayandia, Jordana, Ruiz Portal, Muslera. Dazu trete der Konteradmiral Magaz. Durch ein weiteres Dekret werde der jetzige Oberkommissar von Marokko ersetzt durch General Aizpuru. Eine Anzahl von hohen Beamten sind beauftragt worden, die laufenden Geschäfte der verschiedenen Ministerien weiterzuführen.

General Primo de Rivera erklärte, daß das Direktorium ohne Parlament regieren wird bis zu dem Augenblick, wo Persönlichkeiten aus der Industrie, dem Handel und dem Ackerbau an seine Stelle treten würden. In Marokko soll eine Expedition nach Alhucemas unternommen werden, um das Prestige Spaniens bei den Eingeborenen wieder herzustellen. In ganz Spanien werde eine Art Miliz geschaffen werden nach dem Vorbilde der Faszisten und ähnlicher Truppen, die sich nach der Meinung de Riveras in Barcelona ausgezeichnet bewährt hätten.

Eine Veröffentlichung des neuen Regierungschefs kündigt an: Abschaffung der Parlamentsdiäten, Verringerung der Beamtenzahl, Neueinteilung des Landes zwecks Dezentralisation und Verbot der Besprechung der Marokkoangelegenheit.

Bevorstehender Prozeß gegen den früheren Außenminister.

General Primo de Rivera erklärte einem Korrespondenten des „Matin" in Madrid, er werde den früheren Minister des Äußern Alba verhaften lassen. Falls dieser die Grenze überschritten habe, werde er ihn holen. Sein Prozeß habe begonnen, und er werde der Strafe nicht entgehen. Der Außenminister Alba hat dem General Rivera mitgeteilt, daß er vorläufig in Biarritz zu bleiben gedenke. Er ist aufgefordert worden, das Automobil, in dem er die Reise gemacht hat, zurückzusenden, da es spanisches Staatseigentum sei. Die in einem Interview von Alba ausgesprochene Behauptung, der Diktator Primo de Rivera sei ein bekannter Freund Deutschlands, wird von dem Senator de Semprune als falsch bezeichnet. Dieser hat erklärt, der General Rivera sei entschiedener Franzosenfreund. Er habe während des Krieges seine Sympathien für Frankreich niemals verleugnet. General de Rivera selbst hat, als er befragt wurde, ob er für Deutschland oder Frankreich sei, die naheliegende Antwort gegeben: „Ich bin für Spanien."

Deutsches Reich.

Die Bemühungen zur Stützung der Valuta.

Der Reichsfinanzminister gibt offiziell bekannt, daß die Vorbereitungsarbeiten zur Schaffung einer offiziellen stabilisierten Valuta soweit gediehen sind, daß ein betreffender Entwurf bereits den kompetenten Faktoren vorgelegt worden ist. Nach diesem Entwurf soll die Reichsbank aus der allgemeinen Finanzverwaltung ausgeschaltet werden und auf diese Weise die Möglichkeit erlangen, die Funktionen einer auf die Goldbasis gestützten Emissionsbank in einem dem Wirtschaftsleben angepaßten Umfange uneingeschränkt auszuüben. Die Bank wird für die Übergangszeit bis zur Bildung der neuen Emissionsbank, die auf Gold lautende Banknoten herausgeben soll, keine Schatzscheine diskontieren. Die Banknoten sollen als normale Zahlungsmittel in Umlauf gebracht werden. Die deutsche Mark wird die Rolle eines Billons im Verhältnis zur neuen Valuta spielen.

** **Blutige Zusammenstöße in Sorau.** In Sorau (Niederlausitz) kam es am Sonnabend zu blutigen Teuerungsunruhen, bei denen es 12 Tote und 14 Verwundete gab. Die Schutzpolizei war von der Menge tätlich angegriffen worden und der Polizeihauptmann wußte sich schließlich keinen anderen Rat mehr als den Feuerbefehl zu geben.

Aus aller Welt.

Amerika baut ein Gibraltar im Stillen Ozean. Die amerikanische Marine geht mit dem Plan um, Pearl Harbor (Hawai) in ein Gibraltar des Stillen Ozeans zu verwandeln. Sie wird sich durch die Kritik der japanischen Presse nicht abhalten lassen, die darauf hinweist, daß das Befestigungsprogramm im Pazifik den Geist des Fünfmächte-Flottenvertrages oder des Pazifistischen Paktes verletzt. Es ist die Absicht der Amerikaner, die auf den Philippinen, auf Guam und Samoa bestehenden Befestigungen zu lassen, wie sie sind, und den Status quo zu bewahren, wie er in den Verträgen festgelegt ist. Pearl Harbor wird eine vollständig uneinnehmbare Flottenbasis darstellen. Die Flottenstrategen sind der Ansicht, daß die pazifistische Küste und der Panama-Kanal gegen einen möglichen Angriff von Asien her geschützt werden müssen.

Ostbank für Handel und Gewerbe.

Die außerordentliche Generalversammlung vom 8. August 1923 hat beschlossen, das Grundkapital um 125 000 000 M. durch Ausgabe von 125 000 Stück neuen auf den Inhaber lautenden Aktien über je 1000 M. zu erhöhen, welche vom 1. Januar 1923 ab voll gewinnberechtigt sind und auch im übrigen den alten Aktien gleichstehen. Hiervon sind nach dem Beschlusse der Generalversammlung nominal 75 000 000 M. neue Aktien zum Bezuge durch die alten Aktionäre bestimmt.

Nachdem der Kapitalserhöhungsbeschluß sowie dessen Durchführung in das Handelsregister eingetragen worden sind, fordern wir die Inhaber unserer 75 000 000 M. alten Aktien hierdurch auf, das Bezugsrecht auf die 75 000 000 M. neuen Aktien unter folgenden Bedingungen auszuüben:

1. Die Anmeldung hat bei Vermeidung des Ausschlusses

bis zum 9. Oktober 1923 (einschließlich)

in Berlin bei der Berliner Handels-Gesellschaft,
„ Breslau bei dem Bankhause E. Heimann, v. Wallenberg Pachaly & Co.,
„ Danzig bei der Danziger Bank für Handel u. Gewerbe, Aktiengesellschaft,
„ Königsberg i. Pr. bei der Ostbank für Handel und Gewerbe oder deren Zweigniederlassungen in Allenstein, Elbing, Insterburg, Landsberg a. W., Stolp, Tilsit,
„ Memel bei der Memeler Bank für Handel und Gewerbe, Aktiengesellschaft,
„ Posen bei der Bank für Handel und Gewerbe Poznań Tow. Akc.

zu erfolgen. Sie ist provisionsfrei, sofern die Aktien — nach der Nummernfolge geordnet — ohne Gewinnanteilscheinbogen mit einem doppelt ausgefertigten Anmeldeschein, wofür Formulare bei den Stellen erhältlich sind, am Schalter während der üblichen Geschäftsstunden eingereicht werden. Findet die Ausübung des Bezugsrechts im Wege des Briefwechsels statt, so werden die Bezugsstellen die übliche Bezugsgebühr in Anrechnung bringen.

2. Auf alte Aktien im Nennbetrage von 1000 Mark wird ein Nennbetrag von 1000 Mark neuen Aktien zum Kurse von 3000 Prozent zuzüglich eines noch festzusetzenden Pauschalbetrages für Bezugsrechtsteuer sowie zuzüglich Schlußscheinstempel gewährt. Die Höhe des Pauschalbetrages wird unmittelbar nach der letzten amtlichen Notierung des Bezugsrechts festgesetzt und bekanntgegeben werden. Der sich hiernach ergebende Bezugspreis ist bis zum **9. Oktober 1923 einschließlich** bar zu zahlen.

Die Bezugsstellen sind bereit, die Verwertung oder den Zukauf von Bezugsrechtsspitzen zu vermitteln.

3. Die Zahlung des Bezugspreises wird auf dem einen Anmeldeschein bescheinigt. Gegen dessen Rückgabe werden die neuen Aktien nach Fertigstellung ausgehändigt. Dieser Zeitpunkt wird bekanntgegeben werden. Die Bezugsstellen sind berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Legitimation des Vorzeigers der Kassenquittung zu prüfen.

Königsberg i. Pr., den 18. September 1923.

Ostbank für Handel und Gewerbe.

Bekanntmachung.

Mit Genehmigung des Magistrats ist die Schornsteinfeger-Taxe vom 1. April 1923 um 250 Prozent erhöht. Die neue Taxe verpflichtet vom 1. Juli 1923 ab, wie folgt:

a) für einmaliges Kehren eines einstöckigen sog. russischen Kamins	458 M
für jedes weitere Stockwerk	196 „
b) für einmaliges Kehren eines einstöckigen Einschlupfkamins	654 „
für jedes weitere Stockwerk	283 „
c) für einmaliges Kehren eines einstöck. Bäckerschlots	1212 „
für jedes weitere Stockwerk	458 „
d) für einmaliges Kehren eines einstöckigen erweiterten Schlotes	588 „
für jedes weitere Stockwerk	283 „

e) für Vereinigung der Zentralheizanlage, Durchbrennen von Schloten und Rauchfängen Bezahlung nach übereinkunft.

f) Erd- und Dachgeschoß wird als Stockwerk betrachtet, falls eine Feuerstelle vorhanden ist.

Die Vereinigung von Schornsteinen wird stockwerkweise berechnet.

Poznań, den 12. September 1923.

Der Leiter des Starostwo Grodzkie.
(-) A. Mizgalski.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das **Postamt**
in
....

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Oktober 1923

Name ....
Wohnort ....
Postanstalt ....
Straße ....





Die **Beleidigung**
gegen Frau **Anna Klopsch,** geb. Biedermann, **nehme ich zurück** und leiste Abbitte.
Maria Klopsch.

Spielplan des Großen Theaters.

Mittwoch,	den 19. 9.: **„Lohengrin",** Romantische Oper von Wagner.
Donnerstag,	den 20. 9.: **„Bohème",** Oper von Puccini.
Freitag,	den 21. 9.: **„Die toten Augen",** Oper von d'Albert.
Sonnabend,	den 22. 9.: **„Ballett-Abend"** (Premiere).
Sonntag,	den 23. 9.: **„Die toten Augen",** Oper von d'Albert.

Zur gefälligen Beachtung!

Wir bitten die **Abonnenten,** welche bisher bei Herrn K. Hoffmann, św. Marcin 60 das **„Posener Tageblatt"** abholten, vom **1. Oktober** an dasselbe bei Herrn **A. Kolendowicz,** św. Marcin **Nr. 16/17, abzuholen.**

Die Geschäftsstelle.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A
Wolnica.
Freitag, 21. September, morg. 6½ Uhr, abends 5¾ Uhr.
Sonnabend, morgens 7 Uhr, vorm. 10 Uhr, nachm. 4 Uhr mit Jugendandacht und Predigt.
Sabbatausgang abends 6 Uhr 37 Min.
Werktags-Andacht.
Morgens 6¾ Uhr, abends 6 Uhr.

Synagoge B
(Israel. Brüdergemeinde),
Ulica Dominikańska.
Freitag, 21. September, abends 5¾ Uhr.
Sonnabend, den 22. Septbr., vorm. 10 Uhr.



Aus Stadt und Land.

Posen, 19. September.

Die neuen Richtpreise.

Die Marktpreisprüfungsstelle beim Starostwo Grodzkie hat auf Grund von Sachverständigen-Gutachten für die Zeit vom Mittwoch, dem 19., bis Dienstag, dem 25. d. Mts., nachstehende Richtpreise festgesetzt:

Roggenbrot 1 Pfd. 5000 Mk., Semmel 35—40 gr. 900 Mark, Roggenmehl 1 Pfd. 5000 Mk., Weizenmehl 1 Pfd. 10 000 Mk., Weizengrieß 1 Pfd. 12 000 Mk., Gerstengrütze 1 Pfd. 10 000 Mk., Kartoffeln 1 Pfd. 500 Mk., Tafelbutter 1 Pfd. 60 000 Mk., Kochbutter 1 Pfd. 55 000 Mk., Vollmilch 1 Liter 6000 Mk., Magermilch 1 Liter 3000 Mk., Buttermilch 1 Liter 3000 Mk., Quark 1 Pfd. 6000 Mk., Eier die Mandel 33 000 Mk., Obstpreise unverändert.

Landesmissionsfest in Birnbaum.

Vom prächtigsten Wetter begünstigt, hielt der Landesverband für evangelische Heidenmission in den letzten Tagen in Birnbaum seine Jahresversammlung ab. Aus Posen und Pommerellen waren dazu gegen 50 Geistliche erschienen.

Nachdem am Sonntag in allen Kirchen des Kirchenkreises Birnbaum-Samter Missionsgottesdienste gehalten worden waren, begann die Tagung am Montag mittag mit einem Kindermissionsfeste. Am Nachmittag desselben Tages versammelte sich eine zahlreiche Festgemeinde in der reich geschmückten Kirche zu einem Festgottesdienste, bei dem Pastor Bertheau aus Wollstein, über Jesaia 12, Vers 4 predigend, das Missionswerk als Offenbarung Gottes und Lebensäußerung der Christenheit eindringlich herausstellte. Der Gottesdienst war ebenso wie die abendliche Nachfeier im Zickermannschen Saale reich mit Chorgesängen des tüchtigen Kirchenchors unter Leitung des Lehrers Schulz ausgestattet, außerdem trug in seinem Rahmen das Geschwisterpaar Raczkowski in klangvollem Zusammenspiele einen Teil der Griegschen Peer Gynt-Suite, für Orgel und Violine eingerichtet, vor. Bei der Nachfeier begrüßte zunächst der Ortsgeistliche, Oberpfarrer Jüterbock, die Versammlung, dann sprach Pastor Fengler aus Margonin über das Leben und Wirken des Afrikamissionars Merensky und der ehemalige ostafrikanische Missionar, jetzige Pastor Dost aus Lublin, über Erfahrungen aus seiner früheren Tätigkeit unter den Heiden.

Am Dienstag vormittag fand eine mehr geschäftliche Versammlung ebenfalls in der Kirche statt. Sie wurde eingeleitet durch eine biblische Ansprache des Geh. Konsistorialrats Haenisch aus Posen über Matth. 16, 18 und durch eine Begrüßung der Versammlung im Namen des Evangelischen Konsistoriums in Posen durch denselben Redner. Der Verbandsvorsitzende, Superintendenturverweser Diestelkamp aus Inowrocław, erstattete den Jahresbericht. Darauf hielt Pastor Büchner aus Posen einen Vortrag über die durch den Weltkrieg geschaffene Lage der evangelischen Mission in Afrika. Schließlich wurden die Festgaben der Gemeinden, Schulen und anderer kirchlicher Verbände von ihren Vertretern und Vertreterinnen mit begleitenden Worten, zum Teil in gebundener Rede, überreicht.

An das Fest schloß sich ein Kursus an, in dem die beiden ehemaligen Missionare, Pastor Giesel und Dost, und Oberpfarrer Student aus Rawitsch den versammelten Pastoren Missionsvorträge hielten.

Die zahlreiche Teilnahme der Evangelischen aus Birnbaum und Umgegend, die gastliche Aufnahme der vielen auswärtigen Gäste in den Häusern der Gemeinde und die Opferfreudigkeit der Gemeindeglieder ließen deutlich erkennen, daß in Birnbaum trotz des Wandels der Zeiten und Verhältnisse noch ein frisches evangelisches Leben blüht.

Jahresfest der Bismarcksfelder Frauenhilfe.

Am Sonntag, dem 16. September, fand, vom schönsten Wetter begünstigt, das Jahresfest der Bismarcksfelder evangelischen Frauenhilfe statt. Zwanzig Mitglieder der evangelischen Frauenhilfe der Posener Christuskirche hatten sich hierzu als Gäste eingefunden.

Der Ortsgeistliche, Pastor Brach, hielt im Festgottesdienste die Liturgie, Superintendent Rhode-Posen die Predigt. Kirchenchor und Posaunenchor trugen das Ihrige zur Verschönerung des Gottesdienstes bei. Die Vorstandsmitglieder der örtlichen Frauenhilfe hatten das Nötige zur Bewirtung der Gäste zusammengebracht, die in dem gastlichen Pfarrhause vor sich ging. Hierbei sprach Pastor Brach über die Notwendigkeit, daß Städter und Landleute einander nähertreten und für ihre Arbeit und Lebensbedingungen ein regeres Verständnis finden müßten. Am Nachmittag fand die eigentliche Feier in dem herrlichen Parke des Pfarrhauses statt. Auch hier war für die Bewirtung von den Gemeindegliedern reichlich gesorgt worden. Die Eröffnungsandacht hielt Pastor Brach und gab darin auch einen Rückblick auf die Arbeiten der Frauenhilfe. Danach sprach die Schriftführerin des Landesverbandes für weibliche Jugend, Frl. Bungeroth-Posen, über die Freuden und Pflichten der Jugend. Frau Superintendent Rhode-Posen als Leiterin des Landesverbandes für evangelische Frauenhilfen, sprach über die rechte Sonntagsfeier eines christlichen Hauses und Frl. Miecke, die Schriftführerin desselben Verbandes, dankte für die rege Teilnahme, die in Bismarckfelde die christliche Liebesarbeit bisher gefunden habe, und forderte zu weiterer reger Mitarbeit auf. Die jüngsten Jahrgänge des Jungfrauenvereins führten einen sehr niedlichen Reigen auf; gemeinsame Gesänge und Darbietungen des Posaunenchors verschönten auch den nachmittäglichen Teil des Festes. Möge es zur Stärkung des gemeindlichen Zusammenhanges dieser Kirchengemeinde und zur Belebung ihres christlichen Sinnes beitragen!

Ernte- und Saatenstandsbericht.

Endlich hatten wir doch eine Woche mit wahrem Prachtwetter zu verzeichnen, und es hat den Anschein, daß wir noch eine Zeitlang solches weiter behalten. Freilich ist es eine heikle Sache, Wetter zu prophezeien, denn selten genug trifft eine Wettervorhersage ein. Nebenbei sei darauf hingewiesen, daß von jetzt an, bis etwa zum 29. d. Mts., auf den Stand des Barometers kaum etwas zu geben ist. Um die Zeit der Tag- und Nachtgleiche (23. September) wird das Barometer nämlich anders beeinflußt als sonst. Willkommen war das herrliche Wetter vor allen Dingen denjenigen Landwirten, die in der glücklichen Lage sind, einen zweiten Schnitt Heu (Grummet) werben zu können, hierfür war das Wetter besonders geeignet. Leider ist auf vielen Wiesen, die sonst einen zweiten Schnitt ergaben, nicht soviel gewachsen, daß das Gras nochmals gemäht werden konnte, wahrscheinlich ist dies auf das lange anhaltende feucht-kalte Wetter zurückzuführen. Außerdem wurden die letzten Reste von Halmfrüchten eingefahren, ebenso wurden Seradella und Lupinen zum Teil gebrochen, zum Teil gemäht. Stoppelseradella wird jetzt vielfach mit dem Vieh beweidet, Stoppelklee ist weiter gediehen, ebenso Raps. Bei dem warmen Wetter sind auch die Tomaten noch erheblich gewachsen und fangen nun auch mehr an zu reifen, so daß sie hoffentlich demnächst wesentlich billiger werden. Ebenso hat das Wetter günstig auf den Ansatz der Gurken gewirkt. Die Kartoffelernte ist in großem Umfange bisher noch nicht aufgenommen worden, wenn man auch jetzt etwas mehr Menschen damit beschäftigt sieht, und hier und dort schon eine Maschine arbeitet. Die vorletzte Woche hatte mit dem Tage Mariä Geburt geendet, der Landwirt nennt den Tag „Saatmarie", und in anderen Jahren wurde im großen und ganzen wenige Tage nach der „Saatmarie" mit der Aussaat begonnen. Dies Jahr wird dies fast überall später der Fall sein. Gegenwärtig ist alle Gespannkraft, die dafür irgend frei zu machen ist, zum Pflügen angesetzt, natürlich arbeiten auch die Kraftpflüge mit voller Kraft. Die meisten kleineren Wirtschaften dürften in der kommenden Woche mit der Pflugarbeit fertig werden.

S.

Eisenbahnverkehr. Wegen schwacher Benutzung wird das Schnellzugpaar 603/604 zwischen Warschau und Danzig über Deutsch-Eylau—Marienburg eingestellt. Schnellzug Nr. 603 geht das letzte Mal am 19. September aus Warschau und Schnellzug Nr. 604 das letzte Mal am 20. September aus Danzig ab.

Die Wechselstempelsteuer ist nach einer neueren Verfügung vor dem Unterschreiben zu entrichten. Mit Rücksicht auf die hohen Geldstrafen bei Nichtbefolgung dieser Vorschrift machen wir Interessenten auf diese neue Verfügung aufmerksam.

Die Einführung des neuernannten Domherrn von Zakrzewski fand Montag vormittag im Dom in der üblichen feierlichen Weise statt. Nach beendeten Zeremonien zelebrierte der neue Domherr unter zahlreicher Assistenz ein feierliches Hochamt.

Über die Wahnsinnspreise in Berlin erzählt ein Herr, der nach dreiwöchigem Aufenthalt in Deutschland dieser Tage zurückkehrte, folgendes Stückchen: Seinem Neffen, der in dieser Zeit eingesegnet wurde, wollte er ein Andenken kaufen. Im Schaufenster eines Geschäfts bemerkte er ein kleines, religiöses Büchelchen, das, weil ihm bekannt, ihm sehr geeignet schien. Der Preis des Büchelchens betrug vor dem Kriege 40—50 Pfennige. Der Herr trat ins Geschäft und fragte nach dem Preise. Eine Million lautete die Antwort. Nachdem der Herr sich überzeugt hatte, daß es wirklich das von ihm gekannte Buch ist, sagte er: Ich nehme das Buch und bitte es zurückzulegen. Ich hole nur Geld von der Bank, weil ich solches nicht genügend bei mir habe, und kehre zurück. Nach etwa 2 Stunden kehrte der Herr zurück, mußte aber für das Büchelchen schon 2 Millionen und 100 000 M. bezahlen!

X **Wichtig für Ausländer.** Das Starostwo Grodzkie veröffentlicht folgende Bekanntmachung: „Auf Grund der Anordnung des Innenministers vom 5. Dezember 1922, die sich auf Personen nichtpolnischer Nationalität bezieht, die nicht das polnische Bürgerrecht besitzen und auf illegale Weise die Ostgrenze nach dem 12. Oktober überschritten haben, wird folgendes zur Kenntnis gegeben: 1. Personen nichtpolnischer Nationalität, die nicht das polnische Bürgerrecht besitzen und durch illegale Überschreitung der Grenze von Rußland und der Ukraine her nach dem 12. Oktober 1920 nach Polen gekommen sind, im Sinne der zuvor erlassenen Verfügungen bisher das Recht befristeten Aufenthalts in Polen unter der Bedingung genossen, daß sie sich um weitere Emigration bemühten und dazu vorbereiteten, die aber bis jetzt in Polen verblieben sind, ohne die ihnen gewährte Wohltat der Gastfreundschaft zu benutzen, um nach Emigrationszielstaaten zu reisen, sind verpflichtet, bis zum 30. September die Grenzen Polens zu verlassen. 2. Wird der angegebene Termin überschritten, dann erfolgt zwangsweise Entfernung. 3. Die vorliegende Verfügung betrifft nicht die politischen Emigranten aus Rußland und der Ukraine, die im Besitz von Dokumenten sind, die von ermächtigten polnischen Behörden ausgestellt wurden und feststellen, daß sie weiter das Recht haben, das ihnen gewährte Asylrecht zu genießen. 4. Im Zusammenhang mit der Verfügung werden Pässe für die Ausreise aus Polen, die Personen, von denen im Punkt 1 die Rede ist, ausgestellt wurden, um ihnen die weitere Reise ins Ausland zu ermöglichen, die aber bis zum 30. September unbenutzt bleiben, nach Ablauf der Frist nicht mehr weiter verlängert, verlieren ihre Dokumentskraft und unterliegen der Rückgabe an das Starostwo. Ferner verlieren vor dem 30. September 1920 ausgestellte Pässe von Personen, die vor dem 12. Oktober 1920 nach Polen gekommen sind, nach dem 30. September ihre Gültigkeit und müssen erneuert werden.

Eine hohe Belohnung. Ein junger Wolfshund ist abhanden gekommen. Dem Wiederbringer sichert der Besitzer im Anzeigenteile eines polnischen Blattes eine Belohnung von 3 Millionen Mark zu, polnische, nicht deutsche. Die Geldscheine haben ja jetzt tatsächlich wenig Wert. Trotzdem fragen wir: ist das nicht etwas sehr reichlich?

Von der Posener Oper. Heute, Mittwoch: „Lohengrin". Donnerstag: „Bohème". Freitag: zweite Aufführung von d'Alberts „Die toten Augen". Sonnabend: erster Ballettabend (zum ersten Mal: „Bajka" von Moniuszko und „Litauische Rhapsodie" von Karłowicz).

Im Teatr Pałacowy wird bis Sonntag ein französischer Film gegeben, der auf dem Konkurrenzkampf zweier Besitzer von Diamantenminen aufgebaut ist.

X **Ein internationaler Gauner** ist vorgestern unserer Polizei bei der Suche nach den Verübern eines großen Einbruchsdiebstahls auf dem Lande in die Hände gefallen. Er gibt an, Johann Wassilof zu heißen und 1894 in Baranowice geboren zu sein. Als man ihm den Verdacht vorhielt, unter dem er verhaftet worden war, erwiderte er mit dem ihm eigenen Stolze, daß er nicht nötig habe, sich an Einbruchsdiebstählen zu beteiligen, da er sich seit 10 Jahren schlicht und redlich . . . von Taschendiebstählen nähre, die er in Warschau, Lemberg, Krakau, Prag, Bern, zuletzt in Przerowie gemeinsam mit einem Freunde verübt habe, den er aber aus Solidaritätsgefühl nicht nennen könne. Er habe die Diebstähle fast ausschließlich auf den Bahnhöfen beim Ein- und Aussteigen seiner Opfer an den Zügen ausgeführt. Seine Betätigung habe redlich ihren Mann genährt; er sei nicht ein einziges Mal in Not gewesen. Gegenwärtig sei er auf dem Wege über Deutschland nach Frankreich gewesen, um dort die Franzosen um Goldfrankstücke zu erleichtern. Bei seiner Tätigkeit sei er bisher nicht ein einziges Mal überrascht worden. Ihm wurden zahlreiche gefälschte Papiere abgenommen. Sein Personalausweis lautet auf einen ganz anderen Namen als den, den er selbst angibt. Dagegen ist das Lichtbild, das ihn im teuren Pelz als noblen Kavalier darstellt, das seinige. Bei seinem letzten Taschendiebstahl in Przerowie sollen ihm nach seinem Geständnis 820 Kronen in die Hände gefallen sein. In seinem Besitz wurde eine flache silberne Deckeluhr der Firma J. Fürstenberg, Sosnowice, mit dem Monogramm S. P. auf dem Deckel abgenommen.

X **Diebstähle.** Gestohlen wurden: aus einer Wohnung der ul. Franciszka Ratajczaka 10 (fr. Ritterstraße) ein Damenkleid und ein Mantel im Werte von 7 Millionen Mark; aus einer Wohnung des Hauses Glogauer Straße 102 ein Reisekorb mit fünf Damenhemden, 5 Paar Damenbeinkleidern, einem Skunkskragen, einer blauen Bettdecke, 4 Kopfkissenbezügen, einer goldenen Damenuhr mit Kette, einem Brillantring und einem Diamantring, einem goldenen Armband, einem Kleid mit blauen Streifen, 5 Untertaillen und zwei weißen Röcken im Gesamtwerte von 60 Millionen Mark; aus einer Wohnung am Alten Markt 60 eine Geige mit zwei Bogen im Werte von einer halben Million Mark; vom Boden des Hauses Lazarusstraße 2 Damenleibwäsche im Werte von 6 Millionen Mark.

X **Der Eigentümer des abgeschlachteten Schweines,** über das in der gestrigen Ausgabe berichtet wurde, hat sich in der Person eines Landwirts aus Konarzewo bei Posen gemeldet und sein Eigentum in Empfang genommen.

X **Auf frischer Tat festgenommen** wurde gestern ein Schlosserlehrling aus der ul. Piotra Wawrzyniaka (fr. Kaiser Friedrichstr.) der im Hause ul. Gajowa 4 (fr. Marienstr.) einen Bodeneinbruchsdiebstahl begehen wollte.

X **Polizeilich festgenommen** wurden gestern 14 Sittendirnen, 3 Frauenzimmer wegen Verdachts der Unzucht, 7 Betrunkene, 2 Bettler, 6 Personen wegen Diebstahls, 2 wegen Obdachlosigkeit.

---

p. **Scheunenbrand.** In Babki, Kreis Posen-Ost, wurde gestern eine Scheune des Landwirts Drzewiecki samt Getreidevorräten ein Raub der Flammen. Die Entstehungsursache des Feuers ist unbekannt.

---

mp. **Bentschen,** 17. September. Das war ein seltener Kunstgenuß, der uns mit der Veranstaltung eines Kirchenkonzerts bereitet worden war. Daß es einem Bedürfnis weiter Kreise entgegenkam, bewies dessen außerordentlich zahlreicher Besuch. Aber es war es auch wert; denn was da geboten wurde an Sologesängen, Chorgesängen und Orgelvorträgen, war derartig, daß es eine tiefe Befriedigung bei den Hörern hinterließ. Herr Boehmer aus Posen sang mit außerordentlich warmer Empfindung die Arie aus dem Oratorium „Paulus" von Mendelssohn: „Gott, sei mir gnädig" und die Arie aus „Elias": „Es ist genug". Von großer Wirkung war auch das in modernen Tonfolgen gehaltene Lied: „Im Himmelreich" und: Drei Lieder zu altdeutschen Gedichten, op. 47, von Paul Graener. Wir würden es mit großer Freude begrüßen, wenn wir bald wieder einmal Gelegenheit hätten, uns an Herrn Böhmers innigem Gesang zu erbauen. Ein dreistimmiger Frauenchor unter Leitung von Frau Auguste Neumann brachte zwei Motetten sehr wirkungsvoll zu Gehör, nämlich: „Danket dem Herrn" von A. Klaner und „Kommt, laßt uns anbeten" von Mendelssohn. Der Chor verfügt über gutes Stimmaterial, das besonders in der Motette von Klauer durch seine Frische zur Geltung kam. Nicht minder zeigte sich das in den beiden gemischten Chören, die unter Leitung von Pastor Tauber zum Vortrag kamen. Es waren das die Chöre aus „Paulus": „Wie lieblich sind die Boten" und „Siehe, wie preisen selig". Die Chöre gingen mit großer Präzision von statten und brachten durch ihre Klangfülle eine große Wirkung hervor. Den größten Anteil an dem Konzert hatte Herr Joachim Tauber, der jüngste Sohn des Pastors Tauber, der nicht bloß die Begleitung sämtlicher Programmnummern versah, sondern auch noch mit vier Solovorträgen auf der Orgel vertreten war. Herr Joachim Tauber besucht seit einigen Jahren das Konservatorium für Musik in Leipzig und hat jetzt Aufnahme in der staatlichen Akademie für Kirchenmusik in Berlin gefunden. Seinem Spiel merkte man die gute Schule an; denn in der Begleitung der Sologesänge wie der Chöre zeigte sich der feinfühlige Geschmack, und in dem Vortrag der Solostücke trat eine große Technik zutage. Am Anfang spielte Herr Tauber die Phantasie und Fuge c-moll und am Schluß die Toccata und Fuge d-moll von Joh. Seb. Bach. Die letztere, in der der Vortragende besonders seine Meisterschaft auf der Orgel zeigte, hinterließ einen tiefen Eindruck bei den Hörern. In zwei Andantesätzen in der Mitte des Programms, Andante religioso von Dr. Wilhelm Stade und Andante aus der Orgelsonate a-dur von Mendelssohn, trat besonders die Kunst in der Mischung der Stimmen zutage. Alles in allem war das Konzert für uns eine wirkliche Feierstunde, und wir freuen uns schon auf das nächste in Aussicht gestellte Konzert.

* **Birnbaum,** 16. September. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde durch den stellvertretenden Bürgermeister Włodarczyk der Stadtv. Jan Białkowski eingeführt. Zum Stadtverordnetenvorsteher wurde Stadtv. Buhl, zum stellvertretenden Vorsteher Jan Białkowski gewählt. Zum Vorstandsmitglied der Sparkasse wurde Maciejewski, zum Mitglied zur Revision der Kämmereikasse Bogajewicz gewählt. Der Markttarif der Stadt Birnbaum vom 25. Juni d. Js. wurde um 100 Prozent erhöht. Die Stadtverordneten bestätigten den Magistratsbeschluß vom 12. Juli d. Js. betreffs Erteilung einer Anleihe von 20 Millionen Mk. für das hiesige Gaswerk. Ferner beschlossen die Stadtverordneten eine weitere Anleihe von 15 Millionen Mk. zur Untersuchung des Leitungsnetzes und Beendigung anderer notwendiger Arbeiten des Gaswerks. Auch wurde beschlossen, Herrn Dłużewski die Wertpapiere zurückzugeben, da er seine Verpflichtungen erfüllt habe.

Es. **Kruschwitz,** 17. September. Der hier am Donnerstag abgehaltene Jahrmarkt war infolge der bereits begonnenen Kartoffelernte nicht besonders gut besucht; ganz besonders schwach war das Geschäft auf dem Vieh- und Pferdemarkt. Auf dem Krammarkt boten Händler hauptsächlich aus Kongreßpolen Kleiderstoffe und Stiefel feil, doch war auch hier der Absatz sehr gering, einmal weil die Waren sehr teuer sind und zweitens große Geldknappheit herrscht. Ein einigermaßen gutes Geschäft machten die Pfefferküchler und Obsthändler. In den Geschäften gab es fast nichts zu tun. — Seit dem 1. August zahlen wir hier für ein Kubikmeter Gas 11 000 Mk.; es ist dies wahrscheinlich der höchste Preis im ehemals preußischen Teilgebiet. — Seit einigen Tagen zahlen wir für ein Dreipfundbrot 10 000 Mk. (früher 12 000 Mark), doch dürfte sich dieser Preis infolge der Getreidepreiserhöhung nicht mehr lange halten.

* **Lissa i. P.,** 17. September. Die Einführung des neuen Bürgermeisters von Lissa, Johann Kowalski, fand am Freitag in einer eigens dazu einberufenen Stadtverordnetensitzung statt. In Vertretung des Wojewoden war der Wojewodschaftsrat Graczyński aus Posen erschienen. Dieser gab in seiner Einführungsrede einen kurzen Rückblick auf die Geschichte und die Geschicke der Stadt Lissa seit ihrem Bestehen und hob hervor, wie Lissa einst eine der schönsten und berühmtesten Städte im früheren Polen gewesen, wie Handel, Gewerbe und Wissenschaften in ihr blühten, und wie Lissa früher eine Musterstadt im ganzen Königreich Polen gewesen sei. Redner, der den neuen Bürgermeister als äußerst tüchtigen und bewährten Beamten kennt, was er in seiner bisherigen Tätigkeit als Bürgermeister von Kolmar bewiesen, spricht die Hoffnung aus, daß es ihm gelingen möge, die Stadt wieder zum Wohl der Einwohnerschaft und der Republik auf ihren früheren guten Ruf zu erheben. Nachdem Bürgermeister Kowalski den vorgeschriebenen Treueid geleistet hatte, sprach der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Gutsche Begrüßungsworte an das neue Stadtoberhaupt. Stadtrat Żakowski begrüßte hierauf namens des Magistrats Herrn Kowalski als ersten polnischen Bürgermeister Lissas. Bürgermeister Kowalski dankte den Rednern für die Hoffnungen und Wünsche. Weiter hob er hervor, daß er seine ganze Kraft in den Dienst der Stadt stellen werde zum allgemeinen Wohl, wiewohl ihm bekannt sei, daß er alle wohl nicht immer werde befriedigen können. Insbesondere hob er hervor, daß er in der Stadtverwaltung keinerlei Parteien kenne und ohne Unterschied jedem Bürger gleichmäßige Behandlung angedeihen lassen werde.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

□ **Kalisch,** 19. September. Einer Feuersbrunst in Chocz im Kreise Kalisch sind 134 Gebäude und mehrere Schober zum Opfer gefallen. 90 Familien sind obdachlos. Die Lehrerschaft der Gemeinde hat ein Drittel ihrer Gehälter für die Abgebrannten bestimmt. Die Beihilfe soll 4 Monate hindurch gezahlt werden. In Chocz hat sich ein Komitee zur Unterstützung der Abgebrannten gebildet.

Sammlung für die

Jost-Strecker Anstalten in Pleschen.

Geldbeträge nehmen wir entgegen und werden in unserer Zeitung darüber quittieren.

Geschäftsstelle des Posener Tageblatts.

Bisheriger Sammlungsertrag	30 000.— M.
Ida Hermann	2 000.— „
zusammen . . .	32 000.— M.

Die Herren Besitzer, welche Naturalien für diese Anstalt geben möchten, bitten wir, diese direkt an die Anstalt zu liefern.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

K. S. 24. Von der Amnestie wird nur die Strafe selbst, nicht aber werden davon die Prozeß-, Anwaltskosten usw. betroffen. Ihr Prozeßgegner hat Ihnen demnach Ihre Anwaltskosten in der vom Gericht festzusetzenden Höhe zu ersetzen. Wegen der von Ihnen gerügten mangelhaften Wahrnehmung Ihrer Angelegenheit durch Ihren Rechtsbeistand werden Sie im allgemeinen wenig unternehmen können. Sie könnten sich unter Umständen mit einer Beschwerde an die Anwaltskammer wenden; wir raten Ihnen aber dringend von diesem Schritt ab.

Hd. in K. Ihre Auffassung, als ob wir die Notierungen des polnischen Zloty nicht veröffentlichten, ist irrig. Wir bringen jede amtliche Kursänderung des Zloty sofort, sehen aber von der täglichen Notierung, wenn diese unverändert ist, ab.

B. 72. Aus der Notiz in Nr. 209 des „Pos. Tagebl." geht doch mit aller Deutlichkeit hervor, daß es sich um eine neu eingerichtete Stelle mit militärischem Charakter handelt. Die neue Stelle ist eben an die Stelle der bisherigen getreten, die vermutlich aufgelöst ist. Bei unserer Angabe handelt es sich um eine amtliche Mitteilung.

K. T. 23. Nach den §§ 1931 und 1932 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist der überlebende Ehegatte zu einem Vierteile neben Verwandten der zweiten Ordnung, das sind in diesem Falle die Eltern der verstorbenen Tochter, erbberechtigt. Dem überlebenden Ehegatten gebühren außer dem Erbteil die zum ehelichen Haushalte gehörenden Gegenstände, soweit sie nicht Zubehör eines Grundstücks sind, und Hochzeitsgeschenke als Voraus.

J. S. in K. 1. Uns sind derartige Fabriken weder im ehemals preußischen Teilgebiet noch in Pommerellen bekannt. Aus früherer Zeit kennen wir noch die Stuhlfabrik in Gossentin, Kr. Neustadt, können Ihnen aber nicht sagen, ob sie heute noch besteht. 2. Eine Tischlerfachzeitschrift gibt es unseres Wissens in Polen nicht.

E. Sch. Sie konnten nach Ihrem Vertrage nicht ohne weiteres aus der 2. in die 3. Gehaltsklasse versetzt werden, wenn Sie damit nicht einverstanden waren.

G. Dr. in Str. Dagegen ist einstweilen wenig oder gar nichts zu machen.

Eingesandt.

(Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr bezüglich des Inhalts gegenüber dem Publikum, sondern nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Ein Mißstand bei der Steuerzahlung.

Ministerieller Bestimmung gemäß müssen die Steuern laut dem neuen Einkommensteuergesetz bei der Izba Skarbowa (frühere Regierungshauptkasse) eingezahlt werden und nicht in der städtischen Steuerkasse auf der ul. Nowa (fr. Neue Straße). An sich wäre es gleichgültig, wo man sein Geld los wird, wenn nur die Abfertigung nicht so furchtbar lange dauerte. Am Freitag hatte mein Abgesandter volle geschlagene vier Stunden warten müssen, bevor alles erledigt war. Abgesehen von allem anderen heißt das für mich eine Erhöhung der Steuern um rund 40 000 M., d. h. soviel, als der Abgesandte Lohn erhält. Ließe sich dem Übel nicht abhelfen? Warum geht die Abfertigung in der städtischen Steuerkasse so flott! Die Aufsichtsbehörden müssen einen Ausweg finden, denn so geht die Sache nicht weiter. Welche Summe von Zeit wird nicht auf diese Weise vergeudet! Vielleicht wäre das ein Ausweg: Die Nachweisung wird bei der Izba Skarbowa eingereicht und der Betrag durch P. K. O. überwiesen. Etwaige Differenzen könnten später ausgeglichen werden. Nach meinem Dafürhalten müßte mein Vorschlag auch den Beamten ganz angenehm sein, denn die Prüfung der Nachweisung könnte mit größerer Ruhe geschehen.

Ein Interessent.

Die Posener Straßenbeleuchtung.

Die Straßenbeleuchtungsfrage wirft ihre Schatten voraus. Vor Wochen als man um 7½ Uhr abends bequem am Fenster noch lesen konnte, da brannten bereits in meinem Viertel — Fischerei, ein Teil der Schützenstraße, Kopernikusstraße, Wiesenstraße usw. — um 6½ Uhr die Straßenlaternen und traten in Wettbewerb mit der Tageshelle. Jetzt, wo es um 6½ Uhr schon stockfinster ist, leuchtet in dem bezeichneten Stadtteil um 7 Uhr noch keine Laterne; ja am Sonntag wurden die Laternen erst um 7½ Uhr angezündet. Bestehen für die Laternenanzünder keine Vorschriften?

X.

Handel und Wirtschaft.

Handel.

Polens Außenhandel. Das Statistische Landesamt in Warschau gibt nachstehende Außenhandelstabelle für die ersten sechs Monate des Jahres 1923 bekannt:

Monate 1923	In 1000 t Einfuhr	In 1000 t Ausfuhr	Werte in Milliard. Mkp. Einfuhr	Werte in Milliard. Mkp. Ausfuhr	Werte in Millon. Zloty Einfuhr	Werte in Millon. Zloty Ausfuhr	Auf 100 Zlot Einfuhr, gedeckte Ausfuhr
Januar . . .	220,5	1 368,6	483,6	349,5	99,4	71,8	72,3
Februar . . .	260,7	1 469,2	655,6	759,5	81,5	94,4	115,8
März	300,4	2 151,2	812,3	1 184,5	98,2	143,2	145,8
April	286,0	1 135,0	866,4	937,7	100,5	108,2	108,2
Mai	251,5	1 464,3	957,2	894,0	101,3	94,7	93,5
Juni	290,7	1 632,6	1 531,2	1 552,9	92,0	93,3	101,4

Die landwirtschaftliche industrielle Ausstellung in Kempen ist am Sonntag, dem 16. September eröffnet worden. Sie dauert bis zum 19. September und umfaßt eine ganze Reihe wertvoller Ausstellungsobjekte. Mit Rücksicht auf die Lemberger Messe wurde die Ausstellung bekanntlich verschoben. Das Interesse in den landwirtschaftlichen Kreisen ist bedeutend.

Wirtschaft.

Die Spiritussteuer in Polen ist durch eine neue Verfügung des Finanzministeriums abermals erhöht worden, und zwar für die landwirtschaftlichen Brennereien auf 60 000 und für die Industriebrennereien auf 61 000 Mark.

Die Beschaffung von künstlichem Dünger für die polnische Landwirtschaft stößt nach wie vor auf große Schwierigkeiten. Vor dem Kriege verwendete sie ca. 1,2 Millionen Tonnen Kunstdünger, während z. Zt. von den einzelnen Düngerarten nur 20—35 % der Vorkriegsmenge verwendet werden. In Interessentenkreisen ist man der Ansicht, daß eine vorteilhafte Einfuhr von künstlichem Dünger nur im Austausch gegen Getreide möglich sei. Deshalb bemüht man sich, größere Mengen von Brotgetreide zur Ausfuhr freizubekommen.

Geldwesen.

Die deutsche Reichsbank in Berlin hat den Reichsbankdiskont von 30 % auf 90 % erhöht und den Lombardsatz gleichzeitig von 31 % auf 10 % herabgesetzt mit der Begründung, daß für den Lombardverkehr der Reichsbank nur dieser Satz in Frage komme, da Lombardkredite nur in wertbeständigen Darlehen gegeben werden. Der Reichsbankdiskont entspricht noch bei weitem nicht der Markentwertung. Heute wird von den Privatbanken bereits 3 % pro Tag verlangt, was einem Jahresdiskont von 1000 % gleichkommt.

Von den Märkten.

Vom Lucker Holzmarkt. Die seit einiger Zeit datierende steigende Tendenz für fremde Valuten hat einen Preiswechsel bewirkt. Die Preise waren im Laufe dreier Wochen fest und haben jetzt eine Aenderung erfahren. Wie gewöhnlich zum Schluß der Saison, läßt sich auf dem Markt ein Mangel an weichem Rundholz und an besseren Sorten von Eichenholzklötzen bemerken. Es fehlte auch Schnittmaterial für den Export. Die Einschlagstransaktionen für die Saison 1923/24 zeigen ein außerordentlich mit den heutigen Preisen für fertiges Material unvergleichbar starkes Steigen der Tendenz. Die letzten Preise für fertige Holzmaterialien loko Waggon Verladestation waren in 1000 Mk. pro Kubikmeter folgende: Eichene Fournierklötze erster Sorte, Durchmesser mehr als 40 cm am dünneren Ende ohne Rinde, weiches Material, ohne Knorren und Fehler, mit dünem Geänder: 3500 bis 3800 je nach Entfernung. Export-Eichenklötze für Tischler, gerade und glatt, ohne Knorren, bei verringertem Angebot 2200 bis 2500 je nach Qualität. Eichene Stammklötze mehr als 30 cm Durchmesser, gemessen ohne Rinde, Tischlerware für den Inlandsmarkt: 1600 bis 1800 je nach Qualität. Eichenklötze mittl. Gattung wurden lebhaft angeboten. Das Angebot von Fourniereiche ist in der letzten Zeit schwächer geworden. Fichtene Telegraphenstangen, normales Exportausmaß 900 bis 1000; Stammklötze, Tischlerware ohne Fehler: Ulme und Rüster 1250 bis 1350, Weißbuche 850 bis 950, Birke 550 bis 650 m, Pappel 700 bis 800, Ahorn 1300 bis 1400, Erle 800 bis 950, Esche 1350 bis 1450, bei geringer Nachfrage und Angebot. Schnitteiche Exportbretter, scharfkantig beschnitten, glatt, gerade und ohne schädliche Knorren, aktuelle Spezifizierung: 5500 bis 6000, unbeschnittene Eichenbretter in Ortsausmaß, Tischlerware ohne Fehler und Risse 2500 bis 3000 je nach Qualität. In kiefernem Rundholz sind in den letzten Tagen keine größeren Transaktionen abgeschlossen worden. Exportklötze bis 1500, breitspurige Eichenschwellen für den Export 180 bis 200 bei geringerem Bedarf. Größere Umsätze wurden nicht getätigt. Belgische Rundholz (Eiche) 340 bis 350 das Stück, Brennscheite, trocken, gemischt, Hartholz, bei starker Tendenz 5500 bis 6000, je nach der Entfernung, pro 10 000 Kilo. Die allgemeine Lage abwartend und unbestimmt. Tendenz schwach.

Vom Posener Häute- und Ledermarkt. In tausend Mark wurden notiert: Sohlenleder in Hälften 235 bis 315, Krupons 360, schwarzes Blankleder 425, Möbelleder 100, schwarzes Boxcalfleder 70 bis 80. Stimmung befestigt. Auf dem Häutemarkt notierten: gesalzene Rinderhäute 29, trocken 45, Kalb Stück 290, Hammel 220, trocken 35, kahl, gesalzen und trocken 25, Roß pro Stück 650, Ziege 180 trocken, 120 gesalzen. Winterhasen 30, Kaninchen 30, Füllen, gesalzen und trocken: 250. Stimmung unbestimmt.

Metalle. Warschau, den 17. 9. 23. In 1000 Mkp. pro kg loko Fabrik. Zinkblech 711. 1422. 0.5 mm 41; 0.525 mm 40; 0,55 mm 39.5; 0.6 mm 39; 1000. 2000. 0.5 mm 42; 0.55 mm 41.

Edelmetall. Warschau. 17. 9. 23. (In 1000 Mkp. pro g fein in freiem Handel) Gold 195—200; Platin 970—1000; Silber 5,5—5,4; Silberrubel 92.

Berlin, 17. 9. 23. (In Millionen Mkd. pro 1 Kilogramm). Raff. Kupfer 44—45; Orig. Hüttenweichblei 25—26; Hüttenrohzink in freiem Handel 28—29; Remelted 18—21; Orig. Aluminium in Blocks 84; Zinn (Bank, Straits u. Austral.) 148—152; Hüttenzinn 142 | 145; Reinnickel 84—86; Antimon Regulus 20—21; Silberbarren 3100—3200.

Von den Aktiengesellschaften.

„Tepege" S. A. in Krakau. Das Aktienkapital ist von 210 Millionen auf 300 Millionen durch Ausgabe von Aktien auf dem Tauschwege erhöht worden. Es werden die derzeitigen Aktien von nom. 700 Mkp. in Aktien von nom. 1000 umgetauscht.

„Bank Młynarzy Zachodnich Ziem Polskich" T. A. in Posen. Auf Beschluß der Generalversammlung vom 20. August 1923 wird das Aktienkapital von 100 Millionen Mkp. auf 400 Mkp. nom. erhöht (III. Em.). Die neuen Aktien sind ab 1. 7. 1923 dividendenberechtigt. Die Aktionäre erhalten auf eine alte drei junge zum Emissionspreise von 0,40 Zloty pro Stück. Die alten Aktien müssen zum Abstempeln vorgelegt werden. Am 3. Oktober 1923 erlischt das Bezugsrecht.

„Młyn Parowy" T. A. in Dirschau. Die diesjährige Generalversammlung findet am 24. September 1923, nachm. 3 Uhr, in den Geschäftsräumen der Gesellschaft in Dirschau, ul. Dworcowa 8/9, statt. Die Aktionäre müssen sich spätestens bis zu diesem Tage, mittags 12 Uhr, durch Vorlegung ihrer Aktien oder ihrer Depositenquittung ausweisen.

„Lakoma" T. A. in Posen. Das Aktienkapital ist auf Beschluß der Generalversammlung vom 15. 12. 1922 um 20 Millionen auf 50 Millionen erhöht worden durch Ausgabe von Aktien III. Em. Die neuen Aktien sind ab 1. 1. 1923 dividendenberechtigt. Die Neuemission hat die Bank Handlowy übernommen. Die Aktionäre erhalten auf eine alte eine junge Aktie zum Kurse von 500 Proz. Das Bezugsrecht läuft am 20. September ab. (Verspätete Veröffentlichung im Monitor Polski. Datiert vom 19. Juli 1923. Veröffentlicht am 15. September 1923, Nr. 209.)

„Batory" T. A., Zigarrenfabrik in Rawitsch. Die Generalversammlung findet am Sonnabend, dem 6. Oktober 1923, in der Handelskammer in Posen, Aleje Marcinkowskiego 3, statt (11 Uhr vormittags). Anmeldung spätestens drei Tage vorher bei der Firma in Rawitsch (Aktien oder Depositenquittung).

Kalender der Bezugsrechte. 3. 10. 23. **„Zegluga Polska"** S. A. in Krakau (III. Em. 2. Rate. Vorzugs-A. 10 : 5. Stamm-A. 25 : 15; 1. 7. 23.). **9. 10. 23. „Bank Rolniczy"** S. A. in Lemberg (1 : 3; 1. 7. 23). **10. 10 23. „Hajnówka"** S. A. in Warschau (III. Em. 2 : 3; 1. 1. 23). **„Wielkopolanin"** S. A. in Warschau (II. 2 : 3; 1. 1. 23). **„Templer i Szwede"** in Warschau (VII. 1 : 2; 1. 10. 23). **„Chłodnictwo Polskie"** S. A. in Warschau (II. 1 : 2; 1. 10. 23).

Börse.

Warschauer Börse vom 18. September. Auf dem Effektenmarkt ist die Tendenz fest. Es notieren offizielle Werte: Bank Diskontowy 900, Bank Handlowy 1700—1750, Kijewski 400—375, Częstocice 5000, Michałów 625—600, Tow. Fabr. Cukru 9250—8650, Kop. Węgla 1000, Cegielski 130—125, Modrzejów 1350—1300, Starachowice 900—915, Pocisk 175—165, Parowóz 115—114, Zieleniewski 1850—1700, Żyrardów 54 000—51 500, Polska Nafta 90—110, Nobel 290, Czersk 350, Gosławice 420—367, Spiritus 525—450, Chmielów 270—250, Tepege 815—750, Przem. Naftowy 550, Skupu Skór 48—50, Unja 1005, Konopie 140, Chodorów 850 bis 810. Von nichtoffiziellen Werten wurden gehandelt: Chybi 2100, Kujawy 20 000, Zbiersk 500, Zduny 12 000, Jabłkowski Wilna 25, Nitrat 55, Hurt. Opałowa 95, Opatówek 130—160, Elektrownia na Sanie 33, Gazy Ziemne 6500, Jaworzno 3500, Kauczuk 80, Lechita 215, Lokomotywy 190—200, Warsz. Bank Zjedn. 200, Pruszków 75.

Krakauer Börse vom 17. September. Die Tendenz ist abgeschwächt. Nur für die schwereren Spezialpapiere ist größeres Interesse. Es notierten offiziell: P. Bank Przemysłowy 83—80, Bank Hipoteczny 175, Bank Małopolski 136—135, Bank Ziemski Kredyt. 41. Bank Powsz. Kredyt. 21. Tohan 80—75, Impex 1,3 bis 1,2. Żegluga Polska 25—26, Zieleniewski 2025—1875, Cegielski 152—138, Pocisk 175, Trzebinia Żelazo 170—160, Automotor 80—75, Pharma 140, Parowozy 110—100, Niemojowski 170—165, Strug 130—120, Syndykat koszyk. 250—235, Górka 2750—2550, Tepege 785—750, Polska Nafta 107—100, Krakus 170—190, Chmielów 230—225, Elektrownia 72—70, Siersza górn. 1250—1150, Pokucie 140, B-cia Palnieccy 40. Von nichtnotierten Werten wurden gehandelt: Jaworzno 4250—4100—4150, Gazy Ziemne 5800—5850, Chybi 1750, Lokomotywy 170.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 19. September 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Produkt	Preis	Produkt	Preis
Weizen . . .	810 000—850 000	Hafer	410 000—440 000
Roggen	470 000—510 000	Raps	900 000—1 000 000
Braugerste . .	460 000—500 000	Odermennig . .	700 000—800 000
Weizenmehl	1 500 000—1 600 000	Viktoriaerbsen	1 100 000—1 450 000
Roggenmehl . (inkl. Säcke)	850 000—900 000	Roggenstroh, lose	50 000— 60 000
		„ gepr.	70 000— 80 000
Weizenkleie . . .	240 000	Heu, lose . . .	90 000—100 000
Roggenkleie . . .	230 000	„ gepr. . . .	115 000—130 000

Für Roggen und Roggenmehl ist die Nachfrage schwächer, für die übrigen Produkte blieb die Stimmung fest.

Posener Viehmarkt vom 19. September 1923.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. Rinder: I. Sorte 4 000 000 M., II. Sorte 3 400 000 M., III. Sorte 2 600 000—2 800 000 M. — **Kälber:** I. Sorte 5 000 000 M., II. Sorte 4 400 000 M.

II. Schafe: I. Sorte 3 800 000 M., II. Sorte 3 200 000 bis 3 400 000 M., III. Sorte 2 600 000—2 800 000 M.

III. Schweine: I. Sorte 6 600 000—6 800 000 M., II. Sorte 6 200 000—6 300 000 M., III. Sorte 5 800 000 M.

Der Auftrieb betrug: 20 Ochsen, 125 Bullen, 177 Kühe, 693 Kälber, 693 Schweine, 341 Schafe, 3 Ziegen. — Tendenz: lebhaft.

Danziger Mittagskurse vom 19. September.

Polenmark in Danzig 58 000
Dollar in Danzig 180 000 000

Warschauer Vorbörse vom 19. September.

Deutsche Mark in Warschau 0,0012
Dollar . . . . . 276 500 (Geld), 280 000 (Brief)
Englische Pfund in Warschau . . 1 270 000
Schweizer Franken in Warschau . . 49 400
Französischer Franken in Warschau 16 150

Warschauer Börse vom 18. September.

Devisen:

Devise	Kurs	Devise	Kurs
Belgien	14 100	Paris	16 950—16 450
Berlin	0.0022	Prag	8430
London	1 318 000	Schweiz	49 500
Newyork . . .	290 000—280 000	Wien	3.97
Holland	110 500	Italien	12 400

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.